



uster

Gemeinderat

Protokoll

**40. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 30. November 2009, 18:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Voranschlag Sekundarstufe
2010
(Antrag Nr. 338/2009)
- 4 Antrag des Stadtates betreffend Leistungsauftrag und Globalbudget
2010 / Finanzplanung 2011 bis 2013
(Anträge Nr. 337 und 339/2009)
 - 4.1 GF Steuerung und Führung
 - 4.2 GF Bürger- und Parlamentsdienste
 - 4.3 GF Kultur
 - 4.4 GF Finanzen
 - 4.5 GF Liegenschaften (inkl. Leistungsmotion Nr. 576)
 - 4.6 GF Infrastrukturbau und Unterhalt
 - 4.7 GF Stadtraum und Natur
 - 4.8 GF Hochbau und Vermessung
 - 4.9 GF Koordination Bildung
 - 4.10 GF Sicherheit (inkl. Leistungsmotion Nr. 577)
 - 4.11 GF Publikumsdienste
 - 4.12 GF Soziale Sicherheit
 - 4.13 GF Gesundheit
 - 4.14 GF Betreutes Wohnen
 - 4.15 GF Sport
 - 4.16 GF Sozialhilfe
 - 4.17 GF Primarschule
- 5 Festsetzung des Steuerfusses
- 6 Investitionen des Voranschlages 2010
- 7 Laufende Rechnung 2010

Präsenz

Vorsitz	Claudia Wyssen, Präsidentin
Protokoll	Kathrin Lackner, Parlamentssekretärin (bis GF Infrastrukturbau und Unterhalt) Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin (ab GF Stadtraum und Natur)
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarschulpflege	Marianne Biber, Präsidentin Daniel Wyssen, Finanzdelegierter Alessandro Virgelli, designierter Finanzdelegierter
Verwaltung	Peter Pfeifer, Controller
Verspätet:	Jean Claude Simmen ab 18.15 Uhr
Presse	Christian Brüttsch, AvU, anwesend Werner Frei, ZO Nicole Roos, TA Oberland Eduard Gautschi, TA, anwesend Frank von Niederhäusern, SDA anwesend Stefan Hotz, NZZ

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärung:

Werner Kessler, Gemeinderat

Persönliche Erklärung v. 30. 11. 09

*Werte Kolleginnen u. Kollegen
Damen und Herren*

Entgegen aller Widerwärtigkeiten, Unwahrheiten u. Verunglimpfungen hat der Souverän in einer demokratischen Abstimmung ein überzeugtes Ja zum Minarettverbot ausgesprochen und sich nicht noch einmal mit falschen Versprechungen wie bei der Personenfreizügigkeit über den Tisch ziehen lassen.

Dass jetzt die vorwiegend linken Medien, allen voran der Tages Anzeiger mit einer stumpfsinnigen Karikatur, Drohungen und negativen Auswirkungen noch zusätzlich Öl ins Feuer giesst ist völlig deplaziert und inakzeptabel.

Das Volk hat diesen Entscheid getroffen und fordert vom Bundesrat die baldmöglichste Umsetzung dieses Entscheides.

Die meisten Moslems in der Schweiz haben sich bis jetzt ruhig verhalten und konnten Ihren Glauben auch frei in vielen Moscheen ausüben. Dass jetzt ein paar militante Moslems die Minarette fordern, hat bereits zu Zwietracht und einer Spaltung in der Bevölkerung geführt, was wohl nicht völlig unbeabsichtigt war.

Die weit grössere Gefahr geht jedoch von den linken mit ihrer 68er Chaotenbrut aus, die bereits wieder in Zürich für mehrere Tausend Franken Sachbeschädigungen begangen und weitere Drohungen ausgesprochen hat.

Sollte der europäische Gerichtshof für Menschenrechte diesen demokratischen Entscheid der Schweizer Bevölkerung, der nichts mit der Religionsfreiheit zu tun hat, umstossen, werden wir das keinesfalls akzeptieren.

Wir haben uns mit dieser Abstimmung für den Erhalt unserer christlich abendländischen Kultur und den religiösen und sozialen Frieden entschieden.

Das werden und müssen die Zugewanderten zur Kenntnis nehmen.

Wenn sie den Koran, der in vielen Teilen der Sure gegen unsere Verfassung verstösst, umsetzen wollen, steht es ihnen frei, unser Land zu verlassen, denn wir wollen mit keiner Diktatur zurück ins Mittelalter.

Werner Kessler

Fraktionserklärung:

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Cla Famos**.

Zur Anfrage Nr. 600 „Informationen zu gewaltbereiten und straffälligen Jugendlichen“

Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Im Juni sind wir alle vom Bericht in den Medien schockiert worden, dass 3 Jugendliche aus dem Kanton Zürich in München wahllos Passanten zusammen geschlagen haben. Das Schlimme an der Sache ist, dass die zuständigen Schulbehörden in der Schweiz keine Ahnung hatten, dass diese 3 Jugendlichen vorbestraft waren. Sonst hätten sie sie hoffentlich sicher nicht einfach so in einer fremden Grossstadt in den Ausgang entlassen. Wieso konnte so etwas passieren? Und könnte dies auch in Uster passieren? Könnten in Uster die Lehrer davon gewusst haben? Am 7. September habe ich diese Anfrage an den Stadtrat und an die Sekundarschulpflege gerichtet. Die Antwort liegt nun vor, und eine Zusammenfassung war auch in den Zeitungen zu lesen.

Die Antwort, für die ich mich hier bedanke, ist nun eindeutig: Es gibt zwar eine imposante Menge an kommunalen, regionalen und kantonalen Institutionen, die sich mit Jugendkriminalität befassen, aber in vielen Fällen dürfen diese staatlichen Stellen unter sich keine Daten austauschen. Weshalb? Wegen eines aus meiner Sicht völlig übertriebenen und überbordenden Datenschutzes. Der Stadtrat und die Sekundarschulpflege halten klipp und klar fest: Es gibt keinen regelmässigen Informationsfluss zwischen den Behörden, und wenn, dann nur in einem rechtlichen Graubereich. Man muss sich das einmal vorstellen! Der Stadtrat sagt Zitat: „Die Rechtslage ist alles andere als gesichert (hier besteht Handlungsbedarf auf Bundes- und auf kantonaler Ebene“!

Dieser Befund ist aus meiner Sicht äusserst bedenklich. Wir haben es hier mit den Auswirkungen eines überbordenden Datenschutzes zu tun, der den Bereich des gesunden Menschenverstandes offensichtlich verlassen hat. Ein Dschungel von Vorschriften führt heute dazu, dass es zwar immer mehr staatliche Stellen gibt, die sich um das Problem kümmern, dass diese Stellen aber untereinander keine oder nur sehr eingeschränkt Daten austauschen dürfen. Eine groteske Situation!

Was können wir dagegen tun? Im Moment nicht viel. Ausser uns auf höherer Ebene für sinnvollere Vorschriften einsetzen. Deshalb geht unser Appell an alle unsere Kantons- und Nationalräte, sich für eine sinnvolle Regelung des Datenschutzes einzusetzen. Wir müssen endlich wieder zu Regelungen kommen, die nicht im Namen eines falsch verstandenen Datenschutzes eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung und eine wirksame Prävention verhindern. Nicht die Täter, sondern die Opfer, und zwar auch die potentiellen Opfer müssen geschützt werden.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

1 Mitteilungen

In der Aktenauflage liegen keine nennenswerten Informationen auf:

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 39. Sitzung des Gemeinderates vom 9. November 2009 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Voranschlag Sekundarstufe 2010 (Antrag Nr. 338/2009)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Walter Meier**.

Voranschlag 2010 der Sekundarstufe Uster

Sehr geehrte Präsidentin

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Die KBK hat an der Sitzung vom 16.11.09 den Voranschlag der Sekundarstufe behandelt.

Die Sekundarstufe legt einen Voranschlag 2010 vor, welcher einen Aufwandüberschuss von Fr. 403'700 vorsieht, bei Abschreibungen (vom Verwaltungsvermögen) von Fr. 2'155'800 und Investitionen von Fr. 2'950'000.--. Die Schulpflege will also rund 1.75 Mio. mehr einnehmen als ausgeben.

Die Sekundarstufe sieht einen Steuerfuss von 19 % vor.

Angesichts der Tatsache, dass das Eigenkapital etwas mehr als 25 Mio. Franken beträgt (also höher ist als der „Umsatz“ eines Jahres) kann von einer stabilen Finanzlage gesprochen werden.

- *Es können voraussichtlich Schulden von 5 Mio. abgebaut werden, was die Zinslast verringert.*
- *Es sind nach dem Bau der Turnhalle Freiestrasse keine grösseren Investitionen in neue Bauvorhaben mehr zu erwarten, da dann alle Schuleinheiten über genügend Turnhallen verfügen. Im Schulhaus Weidli stehen in den nächsten Jahren noch diverse Innensanierungen an.*
- *Die Abschreibungen werden in den nächsten Jahren sinken.*

Die Kostensteigerung beim Aufwand um rund 0.85 Mio. hat vor allem folgende Gründe:

- *Erhöhung interne Verrechnungen: der BWS wird ein höherer Mietzins belastet (Fr. 150'200). Aufgrund des neuen Berufsbildungsgesetzes muss die Sekundarstufe in der Zukunft eine möglichst hohe Kostentransparenz bei der BWS erreichen. Dies hat zur Folge, dass einerseits der Mietzins auf ein (tiefes) Marktniveau angehoben werden muss. Gleichzeitig müssen der BWS erhöhte Schulgelder für die Ustermer Schülerinnen und Schüler gutgeschrieben werden, was für das Jahr 2010 Fr. 207'000.— ausmacht (2009: 173'000; 2010: 380'000). Der Aufwand im Budget 2010 ist gegenüber dem Budget 2009 um Fr. 357'200 höher, ohne dass wirklich mehr ausgegeben wird!*
- *aufgrund der gestiegenen Steuerkraft muss ein etwas höherer Anteil an der Besoldung der Lehrpersonen übernommen werden (Fr. 200') = Vorgabe Kanton*
- *die Beiträge an Dritte steigen (ca. Fr. 150'), z.B. Musikschule Uster-Greifensee, Schulgelder an die kant. Mittelschulen, die KUSS*
- *Die Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder (Konto 9100.3000.00; Seite 26) sind einmalig höher, weil bisher die Entschädigungen der Schulpflege ab Sommer 2010 monatlich statt halbjährlich ausbezahlt werden. Der Voranschlag 2010 enthält aus diesem Grund die Entschädigungen für das ganze 2009 und für 5 Monate vom 2010. Im Voranschlag 2011 dürfte dieser Posten um ca. Fr. 100'000 sinken.*

Bei der Heimversorgung/externen Schulung wird für 2010 mit gleich bleibenden Kosten gerechnet; es kann allerdings sein, dass diese Kosten steigen werden, wenn das neue Sonderpädagogische Konzept (ist jetzt in Erarbeitung) umgesetzt wird.

Die Schulpflege hat im Moment folgende grössere "Baustellen":

- *Einführung und Umsetzung Sonderpädagogisches Konzept: Im Voranschlag werden Fr. 30'900 als **Projektkosten** ausgewiesen (Kontengruppe 9702). Die Kosten der Umsetzung sind im Voranschlag 2010 nicht enthalten.*

- *Die Turnhalle für das Schulhaus Freiestrasse. Nach dem positiven Volksentscheid kann diese jetzt gebaut werden.*
- *Umstrukturierung von Schulpflege und Verwaltung: die reduzierte Schulpflege sollte nur noch auf der strategischen Ebene tätig sein, und nur noch wo unbedingt notwendig operative Tätigkeiten wahrnehmen. Aus diesem Grund wird die Schulverwaltung leicht ausgebaut: Die Schulpflegemitglieder sollen in allen Bereichen professionelle Unterstützung erhalten.*
- *Einführung der KLR (Kosten-Leistungs-Rechnung): die KLR soll auf 2011 eingeführt werden; der entsprechende Kontenplan muss also bereits für das Budget 2011 zur Verfügung stehen. Für den Gemeinderat wichtigster Eckpunkt ist, dass die Finanzverwaltung in Zukunft für die Buchhaltung inkl. Budgetierung usw. der SSU zuständig sein wird. Dafür wird eine 40-%-Stelle beantragt, welche die SSU mit Fr. 40'000 pro Jahr abgilt. Zusätzliche Aufwendungen (Fr. 11'000 beim Konto 9120.3520.00 Stadt Uster, Buchführung) ergeben sich auch aufgrund der professionellen Buchprüfung.*

In der KBK wurden folgende Fragen diskutiert:

- *Auf Seite 7 sind bei den meisten Kennzahlen für das Jahr 2010 keine Zahlen eingesetzt. Dies hängt damit zusammen, dass die Schulpflege den Lehrpersonen keine Vorgaben machen will, wie sie die Schülerinnen und Schüler einzustufen haben. Die Frage wäre, ob man allenfalls „unverbindliche“ Planzahlen einsetzen könnte.*
- *Ebenfalls S. 7: Bei den Anschlusslösungen (Übertritte Gymnasium, Übertritte BWS usw.) wäre nicht nur die Anzahl interessant, sondern auch eine %-Zahl (im Sinne von: von den Schülerinnen/Schülern der 3. Sek sind x % ins Gymnasium übertreten, x % in die BWS, x % haben eine Lehre angefangen usw.).*
- *Wie viel wird die Umsetzung des sonderpädagogischen Konzepts kosten? Antwort: Aufgrund der kantonalen Vorgaben müssen in Zukunft möglichst alle Schülerinnen und Schüler integrativ gefördert werden. Wie viele zusätzliche Lehrpersonen aufgrund dieser Vorgaben angestellt werden müssen, ist noch nicht klar. Klar ist höchstens, dass diese Lehrpersonen zusätzliche Qualifikationen mitbringen müssen und deshalb eher teurer sein werden als Klassenlehrpersonen. Die Sekundarschulpflege möchte zusätzlich zu den kantonalen Vorgaben die Begabtenförderung, Gymnasiums-Vorbereitung und Aufgabenhilfe anbieten. Dem Gemeinderat wird das unterbreitet, was ist Kompetenz der Schulpflege überschreitet.*
- *Die Schulpflege möchte die Schulsozialarbeit definitiv einführen, der Gemeinderat wird in den nächsten Wochen einen entsprechenden Antrag erhalten.*

Hinweis: die Näniker sind bei Abstimmungen der Sekundarstufe Uster im Ausstand; in der KBK sitzen 3 Nänikerinnen/Näniker, in der RPK 1 Näniker.

In der KBK wurde folgender Antrag gestellt:

Das Globalbudget ist flächendeckend um Fr. 400'000 zu kürzen. Das budgetierte Defizit beträgt nach der Kürzung Fr. 3700.—.

Begründung: Die Kostensteigerung von 10 % in 2 Jahren ist zu hoch. Eine Einsparung von 2 % des gesamten Budgets von rund 20 Mio. müsste möglich sein. Es wird explizit darauf verzichtet, bestimmte Aufgaben zu benennen, die gestrichen werden sollen. Das wird der Schulpflege überlassen.

Dieser Antrag wurde mit 4:3 Stimmen mit Stichentscheid des Vizepräsidenten angenommen.

Aufgrund der Schlussabstimmung empfiehlt die KBK dem Gemeinderat, den um Fr. 400'000 gekürzten Voranschlag 2010 anzunehmen – dies ebenfalls mit 4:3 Stimmen mit Stichentscheid des Vizepräsidenten.

Die KBK empfiehlt dem Gemeinderat, den Steuerfuss auf 19 % festzusetzen.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

Diskussion und Abstimmungen in der RPK

Die RPK hat den Voranschlag 2010 der Sekundarstufe Uster am 23. November behandelt. Zum Kürzungsantrag aus der KBK wurde gewünscht, dass die Einführung der KLR nicht verschoben werden sollte, falls der Kürzungsantrag im Gemeinderat eine Mehrheit finden würde. Die Antwort der Schulpflegemitglieder war eindeutig: dieses Projekt würde ein Jahr zurückgestellt.

Der Kürzungsantrag der KBK wurde in der RPK mit 5:4 Stimmen mit Stichentscheid Präsident abgelehnt.

Der somit unveränderte Voranschlag 2010 inkl. Investitionsrechnung fand in der RPK eine Mehrheit von 5 : 3 Stimmen.

Die RPK schlägt zudem mit 8 : 0 Stimmen vor, den Steuerfuss der Sekundarstufe Uster auf 19 % festzusetzen.

Walter Meier

Für die Sekundarschulpflege referiert die Präsidentin **Marianne Biber**.

Frau Präsidentin

Geschätzte Mitglieder des Gemeinderates

Als Politikerin der bürgerlichen Seite bin ich dafür, dass die Ausgaben der öffentlichen Hand genau geprüft und tief gehalten werden. Nur schon, weil auch ich froh bin, wenn Steuern so tief wie möglich angesetzt sind. So möchte ich auch die Sekundarstufe Uster behandelt wissen.

Jetzt wechsele ich etwas den Blickwinkel und spreche als Präsidentin der Sekundarstufe Uster:

400'000.-- Franken einzusparen ist ein harter Brocken - ich würde sogar sagen, nicht möglich ohne markanten Leistungsabbau. Eine solche Reduktion der Ausgaben könnte nur mit einschneidenden Massnahmen erreicht werden. Folgende Fakten gilt es zu bedenken:

- *ca. 42 % unserer gesamten Ausgaben sind Lehrerlöhne - und die werden uns vom Kanton vorgeschrieben - also nichts mit Sparen.*
- *Weitere Kosten, die wir zwingend übernehmen müssen sind die Heimversorgungen und die externe Sonderschulung für "spezielle" Schüler, die Beiträge an die Mittelschulen und neu auch die Schulgelder der Jugendlichen, welche im Anschluss an die 3. Klasse der Sekundarstufe ein 10. Schuljahr absolvieren.*

- *Nächstes Schuljahr müssen wir das neue Sonderpädagogische Konzept - also die Integrierung möglichst aller Jugendlichen in die normalen Klassen - einführen. Wie das unsere Kosten beeinflusst, können wir zur Zeit noch nicht genau abschätzen.*
- *Allfällige Aenderungen im Schulangebot können frühestens auf das neue Schuljahr, also auf Mitte August ins Auge gefasst werden. Somit ist mehr als ein halbes Jahr vorbei, bevor wir beginnen können, unsere Ausgaben zu reduzieren.*

Sie sehen also, die Sekundarstufe ist in einer sehr schwierigen Situation, wenn sie im 2010 fast eine halbe Million einsparen soll. Selbstverständlich haben wir uns aber nach dem Kürzungsantrag der KBK Gedanken gemacht, wo das am ehesten möglich ist. Es ist dies v.a. bei Projekten und in der Verwaltung. Wir würden z.B.

- *Keine Kosten/Leistungs-Rechnung erstellen*
- *Die Stadt Uster nicht beauftragen, einen Teil unserer Finanzangelegenheiten zu erledigen*
- *Keinen Verkehrsunterricht mehr durchführen*
- *Die Erhöhung unserer Beiträge an die Musikschule von Fr. 54'000.-- zurückweisen*
- *Das Pensioniertentreffen nicht mehr durchführen.*

Mit diesen Massnahmen könnten bis gegen Fr. 150'000.-- eingespart werden, was wir noch vertreten könnten.

Somit bleiben noch Fr. 250'000.-- die wir zusätzlich irgendwo unterbringen müssten. Hier geht es nicht ohne Kürzungen bei den Schülern - also Ihren Kindern. Es wird weh tun, wenn auf Klassenlager, Schulreisen, Projektwochen und Zusatzangebote wie Schwimmen oder Tastaturschreiben verzichtet werden muss.

Selbstverständlich wird auch die Qualität der Sekundarstufe zurückgefahren werden müssen. Das heisst auch, es wird für uns - beim heutigen akuten Lehrermangel - noch schwieriger, vakante Stellen zu besetzen. Wer möchte schon an einem Ort arbeiten, wo zu grosse Klassen mit zu wenig Support das Angebot sind.

Uster braucht eine gute Schule und ich möchte Ihnen darum wärmstens ans Herz legen, auf einen grösseren Teil der Budgetkürzung zu verzichten.

Vielen Dank

Marianne Biber - 30. November 2009

Kürzungsantrag EVP/GLP-Fraktion um Fr. 100'000

Benno Scherrer begründet den Antrag wie folgt: Der Gemeinderat habe die Worte gehört – er könne direkt dort anschliessen. Die EVP-GLP-Fraktion beantrage das Budget um Fr. 100'000 zu kürzen. Das sollte möglich sein. Fr. 400'00 zu kürzen sei fest umstritten und dieser Entscheid sei in der Sachkommission nur mit dem Stichentscheid des Vizepräsidiums gefallen. Es müsse möglich sein, dass Fr. 100'000 gespart werden können ohne dass die Unterrichtsqualität leide.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Ruedi Gysi**.

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren*

Schlechtere Zeiten verlangen von allen Beteiligten Opfer nur so kann man gemeinsam wieder auf bessere Zeiten hinarbeiten. So muss auch die Sekundarstufe mit einer Kürzung ihres Budgets zur Finanzlage beitragen.

Die SVP/EDU Fraktion ist klar der Meinung, dass die Kürzung des Globalkredits um Fr. 400'000.-- machbar ist. Da sich die Fraktion nicht anmassiert die Kürzungspunkte vorzuschreiben, überlassen wir es der Sekundarstufe wo sie noch Sparpotenzial hat.

Also nach dem Motto: "Spare in der Zeit, dann hast du in der Not".

Was Zuhause jede Familie mit ihren verfügbaren Finanzen machen muss, dass muss doch auch beim Staat möglich sein.

Die SVP/EDU Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag.

Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat

Für die Grünen referiert **Simone Michel**.

Kürzungen um 400 000 Sfr. entsprechen ca. 2% des Budgets. Im prozentualen Vergleich zur Primarschule ist das doppelt so viel. Das ist eine Ungerechtigkeit.

Eventualantrag auf eine Kürzung von nur 200 000 Sfr.

Bei Ablehnung des Eventualantrages: Nein zum Kürzungsantrag von 400 000 Sfr.

Antrag zu gunsten Antrag Benno Scherrer entscheiden, Kürzung um Fr. 100'000.

Für die SP-Fraktion referiert **Maja Burger**.

*SP-Fraktionsreferat zum Budget SSU 2010 von Maja Burger
Geschätzte Frau Präsidentin geschätzte Anwesende*

Beim Budget der SSU liegt die Kostensteigerung beim Aufwand gegenüber dem Jahr 2009 bei 0,85Mio Franken. Die scheint auf den ersten Blick sehr viel.

Liegt aber an folgenden drei Gründen:

- 1. Laut Berufsbildungsgesetz muss die SSU bei der BWS eine möglichst hohe Kostentransparenz schaffen. Dies wird nun umgesetzt und führt zu höheren gegenseitigen Verrechnungen zwischen SSU und BWS. Der Aufwand im Budget ist deshalb um 357 000.- Franken höher, ohne das real wirklich mehr Geld ausgegeben wird.*
- 2. Laut Vorgabe des Kantons muss die SSU einen höheren Anteil der Lehrerbesoldung übernehmen.*
- 3. Die Beiträge an dritte steigen z. Bsp an die kantonalen Mittelschule.*

Im Weiteren schlägt die Einführung des Sonderpädagogischen Konzeptes Mit 30 900.- Franken zu Buche, welche im Voranschlag als Projektkosten ausgewiesen sind.

Die SSU rechnet mit einem positiven Volksentscheid zum Kredit Neubau Turnhalle Freiestrasse und hat diese Investition entsprechen im Voranschlag eingestellt.

Zum vorliegenden Budget möchte ich hier nicht weiter ins Detail gehen sondern verweise auf das ausführliche Kommissionsreferat von Walter Meier, in welchem die uns wichtigen Punkte alle bereits erwähnt wurden.

Zum Kürzungsantrag :

Im Voranschlag rechnet die SSU mit einem Aufwand von rund

21 150 000.- Franken. Davon sind laut Angaben der Behörde rund 90% gebundene Ausgaben. Es verbleiben also 10 % respektive 2 115 000 Franken, auf welche die SSU überhaupt Einfluss nehmen kann. Bei den gebundenen Aufgaben ist eine Kürzung nicht möglich , deshalb nennt man sie ja schliesslich auch „gebunden“.

Es bleibt also wie gesagt ein Rest von 2 115 000.- Franken bei welchen die SSU überhaupt Kürzungen vornehmen kann. In diesem Bereich müssten laut Antrag 400 000.- Fr. gekürzt werden, dies entspricht 18,9%. Ich sag es gleich noch einmal 18,9%.

Meine Damen und Herren, eine solche Kürzung ist nur dann zu bewerkstelligen, wenn entsprechend massiv Leistungen gekürzt oder gänzlich gestrichen werden .

Davon betroffen wäre die Schulsozialarbeit. Soll diese wieder abgeschafft werden?

Ebenso die Klassenlager: Müssen die Schüler und Schülerinnen nun darauf verzichten?

Der Gebäudeunterhalt:

Unterhaltsarbeiten an den Schulliegenschaften müssen aufgeschoben werden, ziehen aber höhere Folgekosten nach sich. Das heisst zum Beispiel, die tropfenden Duschen im Krämeracker können nicht saniert werden, was wegen Wasserschäden zu enorm hohen Folgekosten führen kann.

So wird aber kein Geld gespart. Bei einer Betrachtung über den Zeithorizont von 2010 hinaus, muss sogar eher davon gesprochen werden, dass hier Geld unnötig verschleudert wird.

Reinigung der Turnhallen:

Zur Zeit sind die Turnhallen der drei Oberstufenschulhäuser jeden Abend von 6 bis 10 (18:00 – 22:00) Uhr durch je 2 Vereine besetzt. Diese Hallenvermietungen müssten eingeschränkt werden, da der Unterhalt nicht mehr erbracht werden kann. Stichworte hierzu: Breitensport, Volksgesundheit ?

Wollen sie all diese Streichungen? Und übernehmen sie auch die Verantworten für diesen Leistungsabbau ?

Das Budget der SSU wird ausgepresst wie eine Zitrone. Aber irgendwann ist ein Mass erreicht, da kann gepresst und gedrückt werden so viel man will, es tropft kein zusätzlicher Saft mehr heraus.

Das einzige was dann noch tropft in Uster , sind die Duschen im Schulhaus Krämeracker.

Wir von der SP-Fraktion können einem so massiven Leistungsabbau nicht zustimmen und werden dementsprechend den Kürzungsantrag ablehnen.

Danke

Werner Egli spricht den letzten vorliegenden Bericht Jahresrechnung 2008 an. Dieser weise einen Aufwand von 18,5 Mio. Franken aus. Heute würden 21,1 Mio. Franken gefordert. Innerhalb kürzester Zeit sei eine massive Steigerung um rund Fr. 2,6 Mio. zu verzeichnen. 2008 erwirtschaftete die Sekundarstufe einen Überschuss von 2,1 Mio. Franken. Heute budgetiere sie ein Defizit von rund Fr. 400'000. Seine Fraktion möchte den Aufwandüberschuss reduzieren. Deshalb bleibe seine Fraktion beim Kürzungsantrag um Fr. 400'000.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

6 Gemeinderatsmitglieder, Rolf Denzler, Jean-François Rossier, Petra Bättig, Stefan Kern, Tobias Deininger und Regula Trüeb treten als Näniker/innen in den Ausstand.

Ausmarchung Kürzungsanträge

Kürzungsantrag KBK:

Der Gemeinderat beschliesst mit

13 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits um Fr. 400'000 zuzustimmen.

Kürzungsantrag GLP

Der Gemeinderat beschliesst mit

16 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits um Fr. 100'000 zuzustimmen.

Damit obsiegt der Kürzungsantrag um Fr. 100'000 mit 16 Stimmen.

Ausmarchung Kürzungsantrag contra Antrag Sekundarstufe

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Sekundarstufe (keine Kürzung)

mit 11 : 7 Stimmen zu.

Abstimmung Steuerfuss

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 Stimmen

Der Steuerfuss zur Deckung des Aufwandes der Sekundarschulgemeinde Uster wird auf 19 % des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.

Abstimmung Voranschlag

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 9 Stimmen

Der Voranschlag 2010 und die Investitionsrechnung der Sekundarschulgemeinde Uster wird genehmigt.

4 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsauftrag und Globalbudget 2010 (Antrag Nr. 337/2009)

Die Vorsitzende erläutert das detaillierte Vorgehen der Budgetberatung und das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird Finanzvorstand Heinz Wolfensberger referieren, dann erhalten die Fraktionsmitglieder das Wort und am Schluss ist die Debatte offen für die Gesamtvorlage. Es wird nur über die Änderungsanträge abgestimmt. Die Schlussabstimmung erfolgt am Ende der Beratungen.

Die Sprecher/innen der Kommissionen halten ihre Referate. Wo keine Anträge vorliegen, respektive die Rechnungsprüfungskommission das Geschäftsfeld einstimmig verabschiedet hat, entfällt das Referat der RPK.

Finanzvorstand **Heinz Wolfensberger** referiert zum Voranschlag 2010.

Es isch das min letschte Voraschlag als Finanzvorstand won ich ihne vorstelle dörf und drum freuts mich voreweg natürlich ganz bsunders, dass es em Stadtrat glunge isch, e fascht usgliches Budget für's 2010 z'verabschide.

Wie scho i de vergangene elf Jahr, wird ich ihne z'erscht e Gsamtübersicht presentiere und schliesslich zum Schluss no e mal zämmefasse. Zu de eigentliche laufende Rächnig und dademit zu de Globalbudget vo de einzelne Gschäftsfälder wird ich mich nöd üssere. Die händ Sie ja uf Herz und Niere prüeft. Zudem verzicht ich, ihne im Detail di neu Hochrächnig vorstelle, hät sie sich doch sit de Letschte, nur um grad rund 150'000 Franke verschlechteret. Schliesslich isch ihne ja au bekannt, dass es das Jahr e kein Novämberbrief gä hät, will d'Abteilige e kei Veränderige zum verabschiedete Budget vorgeseh händ. Zu de einzelne i de Sachkommissione und i de RPK beatreite und beschlossene Chürzigsaträg hät ihne de Stadtrat am letschte Mittwoch d'Folge schriftlich mitteilt und die werded, wo nötig, hüt Abig dur di jeweilige Abteiligsvorständ/inne dänn no mündlich erläuteret.

So, und jetzt also start ich mit de Zämmefassig uf de Site 6 und 7 vo euisem Bricht. Mir budgetierted i de laufende Rächnig 2010 en Ufwandüberschuss vo rund 5,1 Millione Franke. Unter Berücksichtigung aber vo dene im Voranschlag enthaltene, freiwillige zuesätzliche Abschribige vo 5 Millione Franke; also e roti 0! Gägeüber em Voranschlag 2009 ergibt sich es um rund 3,4 Millione Franke bessers Ergebnis. Das Jahr werded mir, ufgund vo de aktuelle Hochrächnig mit emene Ufwandüberschuss i de laufende Rächnig vo rund 684'000 Franke chöne rächnen.

Im Verwaltigsvermöge sind im Jahr 2010 Nettoinvestitione i de Höchi vo 22,4 Millione Franke vorgeseh. Obwohl de Sälbschtfinanzierungsgrad nur knapp 40 % wird beträge, müend mir euis dank emene höche Bestand a flüssige Mittel, im Jahr 2010 nöd neu verschulde, sondern chönd s'nächtscht Jahr sogar no fälligi Darlehe im Betrag vo 6 Millione zruzzahle. Di langfrischtige Schulde reduziert sich somit uf 33 Millione Franke. Bis is Jahr 2013 müend mir aber wäg de sehr höche planete Investitione mit dere Zuenahm vo de langfrischtige Schulde uf rund 75 Millione Franke rächnen.

S'Eigekapital vo de Stadt Uschter reduziert sich ufgund vom erwartete diesjährige Ufwandüberschuss vo 684'000 Franke uf rund 132 Millione Franke. Das isch aber nach wie vor e sehr konfortabli Finanzbasis für euisi rund 130 Millione Investitione i de kommende Jahr.

De Stadtrat haltet a sim Ziel fescht und strebt au i Zuekunft en Gsamt-stürfuess i de Nächi vom kantonale Mittel a, um für natürlichi wie juristischi Persone attraktiv und stabil z'bliebe. Daher beatreit er ihne de Stürfuess unveränderet bi 95 % z'lah. Da au d'Sekundarstufe e kei Erhöchig vom Stürfuess vorgeseht, würd also de Gesamtstürfuess unverändert bi 114 % blibe.

Ugrund vo de Wirtschaftsprognose sowie verschidene planete Gsetzesänderige (ich danke da an Innerkantonale Stürchraftusgleich, Stürgsetzrevision, Apassig a di chalti Progression und Pflägefinanzierig) werded i de nächschte Jahr d'Inahme stagniere oder sogar rückläufig si, während d'Usgabe ohni Massnahme witerhin zuenäh werded. Di massgebende Kännzahl sind infolgedesse i de aktuelle Finanzplanig zum Teil erheblich schlächter. Um au i de Zuekunft über en gesunde Finanzhushalt z'verfüege, wird sich de Stadtrat im nächschte Jahr mit de finanzpolitische Zielsetzige sowie mit em Leischtigsangebot usenandersetze und geeigneti Massnahme erarbeite müese.

Ich wäschle jetzt zu de Investitione uf de Site 23 und fortfolgendi. Mit rund 130 Millione Franke i de kommende föif Jahr isch s'Investitionsvolume natürlich üsserscht höch. Uf de Site 25 händ mir ihne d'Grossprojekt zämegstellt. So isch also nach wie vor planet, dass mir in Bildigsbereich ine rund 24 Millione (Schuelhus Krämeracker), id Bäder vo Uschter netto rund 14,3 Millione, i Verwaltigsgebäude (Stadthaus und Feuerwehrverlegung) rund 29 Millione und in en neue Stadthofsaal rund 20 Millione wänd investiere. Sälbverständlich müend alli die ufzellte Gross-Projekt no di politisch d'Hürde vom Stadt-, Gmeindrat und vom Volk näh. Trotz dene höche jährliche Investitions-Tranche vo gäge 30 Millione Franke, isch de Stadtrat de Meinig, dass s'Investitionsvolume uf e für Uschter tragbars Mass hät chöne reduziert werde. Mir vo de Finanzse werded sälbverständlich mit allne euis zur Verfügung stehende Mittel, au witerhin a finanzpolitisch praktikable Lösige schaffe und versueche, de Finanzhushalt vo de Stadt Uschter usgliche z'gestalte. Mit em vorligende Voraschlag händ mir mindeschtens für's 2010 de Bewis aträtte.

Zum Schluss no e chlini Gsamtwürdigung vom Voraschlag 2010.

D'Stadt Uschter verfüegt über en gsunde Finanzhushalt mit ere tüfe Verschuldig, emene nach wie vor höche Bestand a flüssige Mittel sowie emene höchte Eigenkapital vo insgesamt 132 Millione Franke.

D'Globalkredit für d'Dienstleischtingserbringig nähmed im Vergleich zu de Hochrächnig um 6.8 Millione Franke zue. D'Hauptgründ für die Abwichige sind tüferi Inahme bi de Buechgwünn us Ligeschafteverchäuf, höheri Usgabe für d'Biträg an ZVV sowie an Spital Uschter, höheri Bildigs- und Sozialhilfuefwändige sowie uf Minderinahme bi de Liquiditätsbewirtschaftig. Denäbed sind d'Globalkredit teilwis au darum agstige, um de Bevölkerig e bedarfsgerächti Dienstleischting zur Verfügung z'stelle.

Nachdem im Jahr 2008 sehr grossi Investitione tätigt worde sind (ich han damals mit 35,6 Millione Franke vo mene Rekordjahr gredet), hät sichs Investitionsvolume i de Planjahr uf zwüsched 23 bis 30 Millione ipändlet, was nach wie vor, wie scho gseit, e grosses Volume isch. Mit em vorligende Voraschlag 2010 chönd di planete Investitione nur grad zu knapp 40 % us sälber erwirtschaftete Mittel finanziert werde. I de Planjahr sinkt de Sälbschtfianzierigsgrad no tüfer und, sofern e kei geeigneti Massnahme ergriffe werded, würd d'Finanzierig vo de Investitione mehrheitlich zulaschte vo de bestehende Substanz und ab em 2011 mit ere Neuverschuldig erfolge. Dank dere guete finanzielle Usgangssituation chan mer das i de nächschte zwei bis drü Jahr in Chauf näh.

De vorligendi Voraschlag 2010 wist en Ufwandüberschuss vo 5,1 Millione Franke us, wovo 5 Millione Franke uf freiwilligi usserordentlichi Abschribige zruggzführe sind. Unter Berücksichtigung vom gsunde Finanzhushalt sowie de aktuelle Wirtschaftssituation isch de Ufwandüberschuss, wo schliesslich nur e knapp roti 0 isch, finanzpolitisch problemlos verchraftbar. Um jedoch au i de Zuekunft über en gsunde Finanzhushalt z'verfüege, wo de zuekünftige Politikerinne und Politiker en Handligsspielrum zugestaht, isch d'Erarbeitig vo nachhaltige und strategiekonforme Massnahme notwändig. De Stadtrat wird sich daher s'nächschte Jahr mit de finanzpolitische Ziel sowie em Leischtingsgebot intensivscht usenandersetze müese.

wo, 30.11.2009

Stadtpräsident **Martin Bornhauser** referiert zum Voranschlag 2010.

*Frau Präsidentin
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte*

Ich will es gerade heraus sagen. Der diesjährige Budgetierungsprozess verlief aus Sicht des Stadtrates suboptimal. Da wurde, wie sich herausstellte, heimlich - und ohne Wissen des Stadtrates - ein Packet von Kürzungsanträgen geschnürt. Die Anträge wurden erst nach der Sitzung zwischen Subkommission und SR, ja sogar erst nach der ersten Beratung in der Sachkommission eingebracht und meist nicht einmal begründet. Bei den meisten Anträgen hatte der Stadtrat keine Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen und - was dem Stadtrat besonders wichtig gewesen wäre - die Konsequenzen dieser Anträge aufzuzeigen.

Wir haben dies in einer aufwändigen Übung nachgeholt und Ihnen die Stellungnahmen aus den einzelnen Geschäftsfeldern am Mittwoch letzter Woche nachgereicht. Gerne hätten wir sie mit Ihnen in den Sachkommissionen diskutiert.

Der Stadtrat würde es begrüßen, wenn wir - im Hinblick auf das nächste Jahr - den diesjährigen Budgetprozess gemeinsam und selbstkritisch hinterfragen würden. Der Stadtrat ist hierzu bereit.

M. Bornhauser

Präsident Rechnungsprüfungskommission **Rolf Graf.**

Bericht über die RPK-Beratung des Budgets 2010 vom 23.11.2009

Bevor ich auf die RPK Sitzung vom vergangenen Montag zu sprechen komme, möchte ich noch kurz eine Lanze für die neue Darstellung der Leistungsaufträge brechen. Sie hat ja nicht nur Begeisterung ausgelöst. Natürlich wirkt das Ganze auf den ersten Blick noch verwirrlicher als vorher. Doch war es der Gemeinderat, der die Verwaltung gerügt hat, dass von einem Jahr aufs andere Veränderungen vorgenommen würden, ohne dass dies aus den Berichten ersichtlich sei. Mit der neuen Darstellung bin ich sicher, dass uns mit der konsequenten Nummerierung der Ziele, Leistungen, Indikatoren und Kennzahlen künftig das mühsame Heraussuchen der Veränderungen erspart bleiben wird. Das, weil die Werte nicht einfach jedes Jahr neu durchnummeriert werden, sondern durch Streichungen frei gewordene Nummern offen bleiben. Zudem zeigt die Indexierung die wichtigsten Abhängigkeiten zwischen den Zielen, Leistungen und Indikatoren auf. Doch wenn Sie das Ganze mehr verwirrt als es Ihnen hilft, so können sie die Leistungsaufträge auch ohne diese Indexe lesen.

Und wenn wir schon bei der Darstellung sind, so möchte ich es nicht unerwähnt lassen, dass mit dem vorliegenden Antrag zum ersten Mal auch zwei Leistungsmotionen beantwortet und behandelt werden. Dabei hat sich das GF Liegenschaften im Zusammenhang mit der Leistungsmotion 576 an die vom Parlament geforderte getrennte Darstellung vorbildlich gehalten. Dies im Gegensatz zum GF Sicherheit, wo die Leistungsmotion 577 mit keinem Wort erwähnt und einfach in den Leistungsauftrag eingearbeitet worden ist.

Doch nun zur eigentlichen RPK Sitzung. An diesem Abend haben wir den Voranschlag 2010, die Leistungsaufträge 2010 - 2013 mit den dazugehörenden Globalkredite 2010 und den Investitionsplan 2010 in 4 ½ Stunden durchberaten. In nur 4 ½ Stunden, denn aufgrund der Änderungsanträge aus den Sachkommissionen konnte ich mir nicht vorstellen, dass die RPK mit nur einer Sitzungen – und sei sie noch so lange – auskommen würde, da für mich klar war, dass die antragstellende Behörde auch in der RPK Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten muss. Doch der Stadtrat hat mir in der Folge das Problem gelöst. In einem höflichen Mail legte mir der Stadtpräsident dar, dass der Stadtrat sich zuerst über die einzelnen Änderungsanträge informieren wolle, da er von diesen – wenn überhaupt – sehr kurzfristig Kenntnis erhalten habe. Der Stadtrat habe daher keine reelle Möglichkeit gehabt, den Sachkommissionen die Konsequenzen der gestellten Anträge fundiert aufzuzeigen. Der äusserst gedrängte Zeitplan der kommenden RPK-Sitzung lasse nach Ansicht des Stadtrates eine ausführliche Begründung der Anträge und insbesondere das Aufzeigen der Konsequenzen nicht zu. Er habe sich daher entschlossen, die ermittelten Konsequenzen dem Parlament vor und an der Gemeinderatssitzung darzulegen. Bei dieser Ausgangslage mache eine Teilnahme der AbteilungsvorsteherInnen an der RPK Sitzung keinen Sinn. Dies löste zwar mein Zeitproblem, andererseits führte es aber dazu, dass nicht alle Fragen abschliessend beantwortet werden konnten. So habe ich im Name der RPK im Nachgang per Mail im Zusammenhang mit dem Ersatz des Bootes des Seerettungsdienstes noch Fragen an Hans Streit gestellt und die erhaltenen Antworten den RPK Mitgliedern wieder zukommen lassen.

Die Sitzung selber verlief im gewohnten engagierten Rahmen. Zu Beginn führte Stadtrat Heinz Wolfensberger ins Budget 2010 ein und Markus Josi informierte über den neuesten Stand der Hochrechnung 2009. Da auch Heinz Wolfensberger in seinen Ausführungen auf den – aus Sicht Stadtrat – suboptimalen Ablauf der Vorberatung hinwies, wurde die kurze Eintretensdebatte durch Bedenken aus Sicht RPK-VertreterInnen geprägt. Für mich zeigt sich klar, dass es höchste Zeit ist,

dass sich die erweiterte GL mit dem Stadtrat an einen Tisch setzt und die gegenseitigen Erwartungshaltungen offen legt. Nur so kann ein Weg gefunden werden, der allen Beteiligten die für die Entscheidungsfindung erforderlichen Informationen rechtzeitig zur Verfügung stellt.

Nach der Eintretensdebatte wurde Geschäftsfeld für Geschäftsfeld durchberaten. Änderungsanträge, die in der SaKo Mehrheiten gefunden hatten, galten als gestellt, unterlegene Anträge mussten erneut gestellt werden. Damit kein Durcheinander zwischen den Anträgen und Abstimmungsergebnisse der SaKo und RPK entstehen, werden die Ergebnisse der RPK jeweils im Anschluss an das SaKo Referat durch ein eigenes, kurzes RPK Referat bekannt gegeben. Daher kann ich in meinem Referat auf weitere Ausführungen dazu verzichten.

Durch die verschiedenen Kürzungsanträge wurden die Globalkredite um CHF 1'884'000, die Investitionsplanung um 1'520'000 und Abschreibungen um 162'000 gekürzt.

Da die Festlegung des Steuerfusses einen wesentlichen Einfluss auf die Finanzierungsseite hat, haben wir die Debatte darüber vor der Schlussabstimmung geführt.

In der RPK wurde der Antrag gestellt, dass der Steuerfuss der politischen Gemeinde um 2% auf 93% gesenkt werden soll.

Begründet wurde dies damit,

- dass dadurch der Steuerfuss der Stadt Uster zusammen mit der Sekundarstufe auf 112% zu liegen kommen würde, was dem kantonalen Mittel entsprechen würde. Dies sei ja seit Jahren ein finanzpolitisches Ziel der Stadt Uster und der Steuerkraftausgleich sei damit auch nicht gefährdet.*
- Durch die Steuerfussenkung würde dem Bürger mehr Geld in der Tasche bleiben, Geld, das wohlverstanden ihm gehören würde.*
- Im weitem sei das Budget um mehr als 2 Millionen ‚verbessert‘ worden, so dass nun Mittel für eine Steuerfussenkung frei wären.*

Als Gegenargumente wurden eingebracht:

- Dass die beantragte Steuerfussenkung bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung unbemerkt vorbeigehen würde, da die 2% Reduktion in Franken und Rappen ausgedrückt bei den meisten weniger als 100 Franken ausmachen würde.*
- Und dass der Finanzplan 2011-2013 mit Aufwandüberschüssen im zweistelligen Millionenbereich zwar kein Grund zur Panik sei, aber sicherlich keinerlei Grund für eine Steuerfussenkung biete.*
- Dass eine Steuerfussenkung eine schwerwiegende strukturelle Veränderung der Einnahmen darstelle und daher mit vorgenommenen Kürzungen nicht gedeckt werden könne.*

Der Antrag um eine 2% Steuerfussenkung wurde mit 5 : 4 Stimmen angenommen und die RPK beantragt daher dem Gemeinderat den Steuerfuss der politischen Gemeinde neu auf 93% festzulegen.

Dadurch hat sich die Finanzierungsseite um 1'411'000 verschlechtert, so dass sich der Aufwandüberschuss

In der Schlussabstimmung wurden der

- Voranschlag 2010 mit einem Aufwandüberschuss von 4'473'000 mit 5 : 4 Stimmen angenommen*
- Die Investitionsrechnung inkl. Finanzvermögen mit CHF 21'535'000 mit 4 : 5 Stimmen angenommen*

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein paar persönliche Bemerkungen. Es ist kein Geheimnis, dass ich ein grosser Anhänger von NPM bin und daher bin ich sehr enttäuscht darüber, wie wir die NPM Instrumente in diesem Budgetprozess genutzt haben. Ich bin sicher, dass wir das theoretische Wissen

dazu haben, doch NPM basiert auf Vertrauen. Auf Vertrauen des Parlaments in die Exekutive und die Verwaltung einerseits und auf offene und transparente Informationen von der Exekutive und der Verwaltung gegenüber dem Parlament andererseits. Ich habe gespürt, dass dieses gegenseitige Vertrauen zurzeit nicht überall im erforderlichen Ausmass vorhanden ist. Und so lange wir daran nichts Ändern nützen uns die besten NPM Schulungen nichts.

Fraktionspräsidien:

Rolf Denzler beantragt eine längere Redezeit.

Der Gemeinderat stimmt der Verlängerung der Redezeit mit 21 : 8 Stimmen zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Rolf Denzler**.

Wir werden in der Folge einen Voranschlag beraten, welcher massive Ausgabensteigerungen vorsieht. Die Einnahmen hingegen stagnieren.

Die Globalkredite steigen um über CHF 7,0 Mio. an. Das sind in einem Jahr 8 % mehr. Für diejenigen Bereiche, für die der Stadtrat zuständig ist, beläuft sich die Steigerung auf über 10 %. Für die SVP/EDU-Fraktion ist dies ein nicht akzeptabler Voranschlag, welcher die laufende Rezessionsphase in keiner Weise berücksichtigt.

Im 2004 (Rechnungsabschluss) betrugen die Globalkredite des Stadtrates noch CHF 42,5 Mio. Zum Vergleich mit dem Voranschlag 2010 sind das 31,6 % mehr. (Vergleich Globalkredite über alles Rechnung 2004 zu Voranschlag 2010: CHF 76,2 Mio. auf CHF 95,3 Mio. – 25 % mehr). In dieser Zeit hat sich die Bevölkerungszahl nicht im selben Ausmass entwickelt, das eine solch exorbitante Aufwandentwicklung rechtfertigen kann und darf. Auch haben sich die Leistungs- und Wirkungsziele im Wesentlichen nicht verändert. Es sind keine wesentlichen neuen Leistungsaufträge hinzugekommen, die diesen aufgeblähten Voranschlag 2010 zulassen.

Seit mehreren Jahren ist die SVP/EDU-Fraktion ernsthaft besorgt über dieses ständige und ungebundene Kostenwachstum und hat deshalb des öfters Einhalt verlangt. Bedauerlicherweise hat der Gemeinderat dieser Entwicklung Vorschub geleistet.

Wir verlangen nun substanzielle Kostensenkungen im Budget 2010.

„In Zeiten von Finanzknappheit und Spardruck kommen wir nicht darum herum, Leistungen zu hinterfragen und Prioritäten zu setzen.“ Das hat der Stadtrat in seinem Bericht 2004 ausgesagt und seine Gedanken unter das Motto „Das Geld richtig einsetzen“ gestellt. Von dieser Weisheit ist heute nichts mehr zu verspüren.

Der Stadtrat will sich mit den finanzpolitischen Zielen und dem Leistungsangebot erst im 2011 auseinandersetzen und erst dann Massnahmen für Einsparungen vornehmen. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und den düsteren Aussichten in der Finanzplanung Usters sind jedoch Massnahmen seitens des Stadtrates bereits heute verlangt.

Es macht den Anschein, der Stadtrat hat wegen den kommenden Wahlen eine nasse Zündschnur. Das war seinerzeit bei der Abschaffung der Handänderungssteuer ganz anders. Da hat der Stadtrat nach der Abstimmung zum Wegfall der Handänderungssteuer kurzfristig mittels Novemberbrief die Erhöhung des Steuerfusses von 96 % auf 98 % beantragt. Als Begründung hatte er geschrieben, Zitat: „Es wäre aus Sicht des Stadtrates äusserst kurzfristig und nicht vertretbar, den Aufwandüberschuss bei CHF 5,1 Mio. zu belassen“

Das gegenwärtige Umfeld sowie die wirtschaftliche Situation und Tendenzen mahnen zum Sparen. Sparen ist eine helvetische Tugend aber unbequem, sobald es ums Verzichten geht. Das ist uns bewusst. Aber wir kommen nicht darum herum. Wir haben ein zu grosses Ausgabenwachstum. Was viele vergessen: Die Behörden und wir alle hantieren mit Geld, das uns nicht gehört. Wir müssen das Geld unserer Bürger und Bürgerinnen sorgfältiger und überlegter investieren.

Für die SVP/EDU-Fraktion gilt für den Voranschlag 2010 der folgende zentrale ökonomische Gedanke: „Unter finanziellem Druck verstehen es private Unternehmungen, die Strukturen zu straffen und die Effizienz zu steigern.“

Warum nicht auch die öffentliche Hand?

In schwierigen Situationen agieren Unternehmen oft langwierig und umständlich. Mit notwendigen Handlungen wird zugewartet, bis Restrukturierung kaum mehr möglich sind zum Schaden des Unternehmens. Für den Turnaround sind zwingend einfache und klare Strukturen einzuführen und hausgemachte Komplexitäten zu eliminieren.

So kommt das mir bei der Stadt Uster auch vor. Der Stadtrat schiebt die Massnahmen am Ende seiner Legislatur hinaus und übergibt die Verantwortung dem neuen Stadtrat.

Für Uster gilt es, unnötige und luxuriöse Dienstleistungen abzulegen. D.h. sich auf die wesentlichen Kernkompetenzen zu beschränken. Das ist Aufgabe und Pflicht unserer Exekutive und des Parlamentes. Angesichts der sich abzeichnenden Verschuldung müssen Einsparungen und Kostensenkungsmassnahmen an die Hand genommen werden.

Die Finanzlage der Stadt Uster sieht in der langfristigen Perspektive besorgniserregend aus. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann wird das Eigenkapital in 4 Jahren nur noch halb so gross sein und die Schulden steigen stark an.

Die SVP/EDU-Fraktion wird daher die in den Sachkommissionen und in der Rechnungsprüfungskommission gestellten Kürzungsanträge unterstützen. Nur so können wir dem Trend des Ausgabenwachstums entgegenwirken. Diese Kürzungen sind in wirtschaftlich schlechten Zeiten angezeigt und lassen sich rechtfertigen. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass die Kostensteigerung in früheren Jahren als vorübergehend bezeichnet wurden und sich auf einzelne Projekte bezogen. Die Kürzungen sind durchaus angemessen. Mit den beantragten Kürzungen lassen wir nach wie vor eine Erhöhung der Globalkredite für die unveränderten Leistungen zu – einfach etwas weniger mehr.

Konsequenterweise müssten wir ein Moratorium bei den Ausgaben beschliessen und die Globalkredite auf dem Stand 2009 belassen. Andere Kommunen haben Sparen auf ihre Fahne geschrieben. Beispielsweise die Stadt Will SG reduziert ihr Budget 2009 von CHF 98,750 Mio. fürs 2010 auf CHF 96,9 Mio. Hinzu gibt es dort keinen Teuerungsausgleich und keine Lohnerhöhungen mit Ausnahme für Beförderte.

Es ist Zeit, das wir das auch in Uster begreifen.

Im Weiteren zeigt sich, dass das NPM als finanztechnisches Führungsinstrument zu träge, zu ineffizient und zu teuer ist. Es fördert den Trend des Ausgabenwachstums und des Verwaltungsapparates. Gerade das Gegenteil des unternehmerischen Denkens. NPM hat nicht das gebracht, was uns versprochen wurde. Die Abschaffung von NPM ist eine wichtige Frage, über die wir bald diskutieren müssen.

Für die SVP/EDU-Fraktion ist eine deutliche Reduktion der Globalkredite Voraussetzung für eine Abnahme des Voranschlags 2010.

Wir werden uns in der anschliessenden Detail-Beratung lediglich noch punktuell zu den einzelnen Geschäftsfeldern und Anträgen verlauten lassen.

SVP/EDU-Fraktion, Rolf Denzler, Fraktionspräsident

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Cla Famos**.

Leistungsauftrag und Globalbudget 2010/ Finanzplanung 2011 bis 2013

(Anträge Nr. 337 und 339/2009)

Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

*Die FDP/CVP Fraktion ist überzeugt, dass die Stadt Uster sich wegen der aktuellen wirtschaftlichen Lage auf die wirklich nötigen Ausgaben beschränken muss und fordert wo immer möglich eine **Kürzung der Ausgabenzunahme**. Sie hat im aktuellen Budget ein Kürzungspotential von mehr als zwei Millionen Franken ausgemacht, womit sich bis zu 4 Steuerprozent sparen liessen.*

Die FDP/CVP Fraktion kann eine Kostensteigerung von 10% in nur zwei Jahren (2008-2010) bzw. von 30% seit 2005 im Budget der Stadt Uster nicht verantworten. Gerade in einer Rezession muss auch die öffentliche Hand sparen, damit sie der Bevölkerung nicht mit höheren Steuern und den zukünftigen Generationen nicht mit einer hohen Verschuldung zur Last fällt. Die FDP/CVP Fraktion fordert deshalb, dass das aktuelle Budget sehr kritisch unter die Lupe genommen wird. Sie ortet ein Sparpotential von gut zwei Millionen Franken. Für die Debatte im Gemeinderat hofft die FDP/CVP Fraktion auf die Unterstützung und den Sparwillen der anderen Fraktionen. Das Budget soll nicht zurückgewiesen, sondern nach realistischen Kriterien gekürzt werden.

Die FDP/CVP Fraktion ist überzeugt, dass bei gleicher Leistung die Kosten nicht Jahr für Jahr steigen dürfen. Es muss deshalb versucht werden, wo immer möglich die Ausgaben auf dem Stand von 2009 zu belassen. Dieser Ausgabenstopp wurde angesichts der aktuellen Wirtschaftslage bereits anfangs Jahr von uns gefordert. Der FDP/CVP Fraktion genügt der Sparwille des Stadtrates, welcher Massnahmen erst für das kommende Jahr in Aussicht stellt, nicht. Die Finanzen müssen schon jetzt ins Lot gebracht werden.

Wir setzen uns für eine sparsame und realistische Finanzpolitik ein. Es soll deshalb nicht einfach in allen Geschäftsfeldern linear gekürzt werden. Die Soziale Sicherheit und die Sozialhilfe sollen bewusst nicht angetastet werden, weil hier die Kosten wesentlich durch die Konjunktur und die eidgenössische Gesetzgebung bestimmt werden. Auch im Bereich der Kultur und bei der Sicherheit scheinen uns Budgetkürzungen nicht angebracht. Zudem scheint es uns auch wichtig, dass die Löhne der städtischen Angestellten nicht angetastet werden. Wir sind auf gutes und motiviertes Personal angewiesen, dass die öffentlichen Mittel sparsam einsetzt.

In den anderen Bereichen wird erwartet, dass im Wesentlichen die gleichen Leistungen erbracht werden, auch wenn das Globalbudget gekürzt werden muss. Das Sparpotential ist innerhalb des gesteckten Rahmens zu finden.

Auch die Investitionen sind einer genauen Prüfung zu unterziehen und wenn möglich zurückzustellen. Hier sehen wir ein Sparpotential von einer guten Million Franken. In der heutigen angespannten Finanzlage sollen Investitionen nur dann getätigt werden, wenn sie unbedingt nötig sind.

Wir wissen alle: Sparen ist nie angenehm. Aber wenn wir dieses Budget einfach bewilligen, machen wir es uns zu einfach. Es ist die Verantwortung der Politik, auch in knappen Zeiten die Ausgaben der Stadt Uster im Griff zu halten. Für uns besteht die Aufgabe darin, mit allen politischen Kräften und mit Exekutive und Verwaltung einen gangbaren Weg zu finden. Es braucht einen schlanken Staat, der sich auf seine wesentlichen Aufgaben beschränkt. In diesem Sinne erwarten wir von der Exekutive, dass sie nun sinnvoll sparen und nicht sozusagen als Trotzreaktion einfach ganze Angebote wie den Schwimmunterricht oder den Flötenunterricht aus dem Programm kippen, wie uns das in einem Papier angedroht worden ist. Wir erwarten, dass sämtliche Sparmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Und v.a. erwarten wir vom Stadtrat für nächstes Jahr wie von ihm angekündigt ein griffiges, realistisches Sparprogramm.

Das Sparpotential beträgt über 2 Mio Franken, mit den Investitionen sogar weit über 3 Mio Franken. Von diesem Betrag soll zumindest ein kleiner Teil wieder an die Bürger zurückgehen bzw. ihnen in Zukunft zum Eigenkonsum und zur eigenen Verfügung bleiben. Wir setzen uns deshalb für eine Reduktion des Steuerfusses um 2% ein. So entlasten wir spürbar unsere KMU und den Mittelstand, der für unseren Wohlstand am meisten leistet und auch am meisten zu den Finanzen der öffentlichen Hand beiträgt. Zugleich setzen wir ein klares Zeichen, dass wir auch in Zukunft sparsam mit den öffentlichen Geldern umgehen wollen. Wir erhöhen die Attraktivität von Uster, das mit anderen Gemeinden im Wettbewerb steht (ein Drittel der Gemeinden im Kanton senkt die Steuern), und wir betreiben damit effektivere Wirtschaftsförderung als es schöne Prospekte und viele Worte je tun können.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann**.

*Frau Präsidentin,
Geschätzte Anwesende*

Mein Eintretensreferat könnte ich eigentlich kurz halten:

- 1. Die SP-Fraktion ist mit dem Voranschlag, den der Stadtrat präsentiert hat, in weiten Teilen zufrieden. Sie hat da und dort noch Änderungswünsche.*
- 2. Die Kürzungsanträge, die von den Sachkommissionen und der Rechnungsprüfungskommission beantragt wurden, lehnt die SP zu einem Grossteil ab.*
- 3. Bei der beantragten Steuerfussenkung um 2% muss man wohl von einer Selbstdisqualifikation der Mehrheit der RPK reden.*

Damit ist vielleicht schon alles gesagt, vielleicht. Sicher ist aber, dass diese paar Worte, die ich nun gesagt habe, schon 1000 Mal mehr Inhalt haben, als die Begründungen der meisten Kürzungsanträge.

Beginnen wir aber von vorne: Der Stadtrat hat uns einen Voranschlag unterbreitet mit einem Aufwandüberschuss von rund Fr. 5 Mio. Zieht man die ausserordentlichen Abschreibungen im Sinne einer Budgetkosmetik ab, so kommt man auf ein ausgeglichenes Budget. Und berücksichtigen wir dann noch die Budgetgenauigkeit der letzten Jahre, so können wir heute ein Plus von Fr. 19 Mio. präsentieren. So, und was machen wir damit? Eines ist klar, mit dem Blick nur auf eine oder zwei Zahlen kann man keine Politik betreiben, eine verantwortliche erst recht nicht. Wir können die Zahlen der Stadt Uster drehen und wenden wie wir wollen; wir kommen immer zum selben Schluss: Die Finanzen der Stadt Uster sind kerngesund. Es besteht kein Grund weder zur Euphorie noch zur Panik.

Meine Damen und Herren, was in den Sachkommissionen und in der RPK veranstaltet wurde ist keine Politik; dafür hat uns das Volk nicht gewählt. Die Anträge nach der Rasenmähermethode haben mich stinksauer gemacht. Von den Begründungen dazu ganz zu schweigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der sogenannt bürgerlichen Parteien, sie möchten offensichtlich eine solche Politik betreiben. Ich habe Ihnen heute extra die nötigen Utensilien mitgebracht:

- ein Glas Erbsen für die Erbslizähler und Erbslizählerinnen,*
- ein Rasenmäher, damit Sie das Budget wirklich überall gleich kürzen können – sonst würden ja noch die Gefahr von Rechenfehlern bestehen,*
- und ein Seil, damit Sie Ihre Hau-Ruck-Politik beim Seilziehen noch etwas verfeinern können.*

Die SP-Fraktion ist nicht bereit, ein solches Verhalten mitzutragen. Wir möchten eine Politik, die diesen Namen verdient. Und es ist ja bekanntlich eine Daueraufgabe der Politik, sich immer wieder zu fragen, welche Aufgaben und in welcher Qualität die öffentliche Hand zu erfüllen hat. Weil das häufig eine

recht komplexe Aufgabe ist, haben wir in Uster fünf parlamentarische Instrumente zur Verfügung, um den Sachen auf den Grund zu gehen. Die Instrumente Rasenmäher und Hau-Ruck kennen wir eigentlich nicht.

Zu den Geschäftsfeldern im Einzelnen werden wir später noch äussern. Wie gesagt sind wir mit dem Voranschlag, welcher uns der Stadtrat präsentiert hat, ziemlich zufrieden. Wir verstehen allerdings nicht, weshalb der Stadtrat immer noch nicht gewillt ist, die Fachstelle Alter einzuführen. Wie wichtig dies eigentlich wäre, zeigt nur schon den Blick auf zwei Fakten:

- 1. In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der über 64jährigen Personen in Uster um über einen Drittel auf rund 4500 Personen gestiegen.*
- 2. Die Kosten für das betreute Wohnen hat sich in der laufenden Legislatur mehr als verdoppelt; in der Rechnung 2006 hat dieses GF noch mit Fr. 4.6 Mio. abgeschlossen, für das Jahr 2010 werden Fr. 6 Mio. mehr, insgesamt das Fr. 10.6 Mio. veranschlagt.*

Dieser nüchterne Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Herausforderungen für die Gesellschaft und für die Finanzlage der Stadt wohl anders gelagert sind, als dies die bürgerlichen Parteien uns heute Abend versuchen weise zu machen. Wer die Fakten nicht wahrhaben möchte, weicht auf Schlagwörter aus.

Für die SP-Gemeinderatsfraktion ist wichtig, dass die Lebensqualität und die Standortattraktivität von Uster verbessert werden und dass wir die nötigen Investitionen nicht vor uns her schieben. Dafür kämpfen wir.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Für die EVP/GLP-Fraktion referiert **Walter Meier**.

Sehr geehrte Präsidentin

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat einen Voranschlag 2010 unterbreitet, welcher einen Ausgabenüberschuss von rund 5 Mio. vorsieht. Berücksichtigt man jedoch die ausserordentlichen Abschreibungen von 5 Mio., mit denen der zu hohe Überschuss aus dem Jahr 2008 korrigiert werden soll, ist das Budget 2010 ausgeglichen.

Zudem wurde in den letzten Jahren sowohl das Eigenkapital geäufnet und auch die Fremdverschuldung kräftig abgebaut. Mit diesem Polster können die hohen Investitionen der nächsten 4 – 5 Jahre problemlos finanziert werden.

Der Stadtrat hat eine bürgerliche Mehrheit. Das heisst, dass uns bei der Präsentation des Voranschlags 2010 nicht ein Wunschkatalog vorgesetzt wurde. Der Stadtrat hat bereits kräftig den Rotstift angesetzt. Es wurden Projekte zurückgestutzt oder verschoben.

Der Stadtrat schlägt einen unveränderten Steuerfuss von 95 % vor, was angesichts der Finanzprognosen als durchaus vernünftig erscheint.

Aus den Kommissionen, die fast durchwegs auch bürgerliche Mehrheiten haben, wird uns nun ein Konzert von Kürzungsanträgen präsentiert - und dies ohne wirkliche Not. Ich gehe davon aus, dass die Bürger die eine oder andere Kürzung zu spüren bekommen und sich ärgern werden, am meisten werden die Schülerinnen und Schüler leiden.

Ich habe versucht die Beweggründe für dieses Streichkonzert zu verstehen, es ist mir aber nicht gelungen. Vielleicht gelingt es heute Abend.

Walter Meier, Gemeinderat

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Die als Streichkonzert angekündigte Debatte zum Voranschlag scheint angesichts der zahlreichen, oft unsinnigen Kürzungsanträgen zum finanzpolitischen Gepolter mit Pauken und Trompeten zu werden. Dies werden die Grünen nicht mitmachen.

Gegenüber den Medien sprachen die Grünen von einem ehrlichen Budget. Ehrlich deshalb, weil endlich nicht mehr Landverkäufe die laufende Rechnung schönen. Es wird jetzt sichtbar, dass das Ja der bürgerlichen Mehrheit im Gemeinderat zu den Voranschlägen der vergangenen Jahre ein Taschenspielertrick war. Mit der Gleichung tiefer Steuerfuss dank Landverkäufen lebte die Stadt auf Kosten der künftigen Generationen über ihre Verhältnisse.

Und jetzt, da keine Landverkäufe mehr die bürgerliche Steuerdumpingpolitik kaschieren, bricht eine Kürzungsorgie los, die ihresgleichen sucht. Das kann nicht die Lösung sein. Das zeugt mehr von Panik und Wahlkampfpropaganda als von Weitsicht und strategischem Denken.

Wo war der bürgerliche Sparwille, als der Luxusradweg nach Freudwil im Betrag von 2,2 Mio. Franken bewilligt und der Vorschlag der Grünen, der einen Zehntel davon kosten würde, von den Bürgerlichen abgeschmettert wurde. Und jetzt treten dieselben Bürgerlichen für eine Streichung des Projekts aus der Investitionsliste des kommenden Jahres ein. Das sind wirklich Taschenspielerereien.

Vielmehr muss sich die Stadt im bescheidenen Rahmen antizyklisch verhalten, Unterhalten von Strassen und Gebäuden jetzt beschliessen, um auch das lokale Gewerbe mit Aufträgen zu versorgen. Es geht eben nicht darum, das Gewerbe von Steuern zu entlasten, sondern diesem Verdienstmöglichkeiten in Form von Aufträgen der Stadt zu offerieren. Zudem ist es ein wirtschaftlicher Unsinn die Infrastruktur verlottern zu lassen. Ein aufgeschobener Unterhalt kommt meist teurer.

Ein zweiter Schwerpunkt der Kürzungsanträge stellt die Weiterentwicklung der Verwaltungsorganisation und damit die Effizienzsteigerung ernsthaft in Gefahr. Auch dies ist kurzfristig gedacht. Wollen wir wirklich mehr unzufriedene Mitarbeitende, weil die Politik ihnen zwar laufend komplexere Aufgaben aufbürdet, aber nicht die entsprechenden Mittel zu Bewältigung der Arbeit gewährt. Nein. Auch dies werden die Grünen im Wesentlichen nicht mittragen und die Kürzungsanträge nicht unterstützen. Ausnahmen werden auch hier die Regel bestätigen.

Unter den gegebenen Umständen sogar noch eine Steuersenkung zu beantragen ist absolut unsinnig. Vielmehr müsste sich die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat überlegen, wie die Stadt die drei Millionen wieder hereinholt, welche ihre Stadträtin mit dem Krämerackerdebakel in den Sand gesetzt hat.

Ehrlicherweise müsste also eher über eine temporäre Steuererhöhung als über eine Steuersenkung gesprochen werden. Die Grünen werden aber am jetzigen Steuerfuss festhalten.

Thomas Wüthrich, Grüne

Für die EVP/GLP-Fraktion referiert **Benno Scherrer**.

Bei der Budgetdebatte wird so oft negativ geredet ... ich will also positiv beginnen...

Die Stadt Uster wird 2010 «rote Zahlen» schreiben. Erneut droht ein Defizit in Millionenhöhe. Das ist eine unerfreuliche Tatsache – deshalb sind diese Debatten auch immer so unerfreulich. Dabei könnten wir die gleiche Meldung viel freundlicher formulieren. Statt von bösen Defiziten zu reden, böte sich der Begriff «Aufwandüberschuss» an. «Überschuss» ist rundum positiv. Da denkt jeder an satte Gewinne und gute Ernten. Machen wir den Schlagzeilentest: «Uster weist für 2010 Aufwandüberschüsse in Millionenhöhe aus.» So freut sich der Steuerzahler. Dabei bleiben auch bei «Aufwandüberschüsse» Defizite – aber man fühlt sich mit dieser Formulierung irgendwie wohler. ... diese Gedanken liegen auf der Hand – so richtig eloquent wurden sie in einer Wochenzeitschrift im Oktober präsentiert...

Wir Grünliberale würden uns jedoch durch Wortkosmetik nicht blenden lassen – wo zu viel ausgegeben wird, wird zu viel ausgegeben. Obwohl die Finanzplanung des Stadtrates schon lange düstere Zahlen für nach 2010 vorsieht, fehlen noch immer Taten, um die Kosten in den Griff zu kriegen.

Nun hat der Gemeinderat das Heft selber in die Hand genommen – und macht so genannte Sparvorschläge... aber auch diese werden nur die Aufwandsteigerung bremsen und Investitionsvorhaben hinausschieben (und nur auf wenig es wird verzichtet werden)...

Auf die in den Sachkommissionen eingebrachten Kürzungsanträge wird von Exekutive und Verwaltung zwar reagiert und umfassend informiert – aber so spät, dass weder die RPK noch die Fraktionen deren Sicht von auf die Auswirkung der Kürzung (mit Verweis auf den Leistungsauftrag) schriftlich vorliegen hatten. Das ist ärgerlich, besonders deshalb, weil die meisten Dokumente bereits am Freitag vor den entscheidenden Sitzungen erstellt worden waren...

Wir Grünliberale werden eine Mehrzahl der Kürzungsanträge unterstützen – oder lassen sie mich auch hier präziser sein: wir werden der Aufwandsteigerung in den meisten Fällen entgegentreten – denn nur darum geht es.

In einzelnen Bereichen sind wir zum Schluss gekommen, dass die Steigerungen sehr wohl begründet sind.

Es ist schon interessant: da gibt es die stadträtlichen Finanzziele die wir teilen, nämlich, sowohl das Nettovermögen erhalten zu wollen, als auch mittelfristig die Investitionen aus eigenen Mitteln finanzieren zu können.

Aber: Bei leicht sinkenden Einnahmen in nächster Zeit nehmen die Ausgaben wie schon seit Jahren ungebrochen zu. Der Stadtrat hat es bisher trotz düsteren Finanzaussichten für die Jahre nach 2010 nicht geschafft, die Ausgaben in den Griff zu bekommen.

Seit Jahren zeichnen sich schlechtere Zahlen ab, seit Jahren fordern wir hier, dass das Aufwandwachstum gebremst wird.

Es wäre keine Hauruckübung gewesen, im Vorfeld bereits – oder müsste man besser sagen – endlich – nach Sparpotenzial zu suchen.

Das wäre angezeigt gewesen und nicht (ich zitiere den Stadtrat) "... sich im nächsten Jahr mit den Finanzpolitischen Zielsetzungen sowie dem Leistungsangebot Auseinandersetzen..."

Ein intensives Auseinandersetzen mit dem Leistungsangebot wäre mehr als nur angebracht gewesen ... aber es heisst dann immer, der Gemeinderat habe dem Stadtrat diese Aufträge gegeben, wir müssten Leistungsziele streichen, es gebe kantonale Vorgaben...

Da stimmt vieles...aber dennoch...wir vermissen den Willen des Stadtrates den Aufwand in den Griff zu bekommen. Das wurde besonders augenfällig, als ich die Antwort des SR auf meine Anfrage „Senkung des Aufwandes im Budgetprozess“ gelesen habe...darin vermisse ich jegliches Bekenntnis zu einer Trendwende

Darin regte ich an, dass der Stadtrat im Sinne einer ausgeglichenen Finanzpolitik auf die Streichung der Zielsetzungen «Durch Landverkäufe jährlich 4 Millionen Franken Flüssige Mittel zu generieren» reagieren müsste.

Aber in der Antwort heisst es: Aus finanzpolitischen Überlegungen erfordert die Streichung der Zielsetzungen zur Zeit keine unmittelbaren Massnahmen. „

Ab 2011 sieht die Finanzplanung des Stadtrates 15 bis 20 Mio Franken Defizit pro Jahr vor. Heute kommen pro Kopf netto noch 1900 Franken Stadtvermögen zusammen, aber schon bis 2013 wird jede Ustermerin und jeder Ustermer 550 Franken Schulden zu tragen haben.

Zurück zum Budget:

Ein Voranschlag ist immer ein (nur zu oft unausgeglichene) Gleichung mit ganz vielen unbekannten. Ein paar harte Facts bleiben – insbesondere die für 2010 vorgesehene Aufwandsteigerung.

Auch wenn die Kürzungen durchkommen bleibt ein Aufwandüberschuss – kombiniert mit weniger Einnahmen – aufgrund der Wirtschaftslage und aufgrund der Steuerfusssenkung und unter Umständen wegen tieferer Zahlungen des Kantons...

Wir Grünliberalen werden uns in jedem Fall gegen eine voreilige Senkung des Steuerfusses von 95% auf 93% aussprechen.

Wir wollen wie der Stadtrat eine nachhaltige Finanzpolitik mit den folgenden fünf Zielsetzungen:

Wir wollen wie der Stadtrat gesunde Stadtfinanzen, für uns und unsere Nachkommen.

Wir wollen wie der Stadtrat mit der Aufrechterhaltung eines Nettovermögens den politischen Handlungsspielraum gross halten.

So lange der Stadtrat mit zwei SVP und zwei FDP Mitgliedern die Aufwandsteigerung nicht in den Griff bekommt und es an einer Kultur der permanenten Leistungsüberprüfung fehlt, ist es nicht ehrlich, wenn die benötigten Gelder nicht gesprochen werden. Auf Mindereinnahmen muss mit einer Aufwandsminderung reagiert werden – diese wurde bereits bei der letzten Senkung des Steuerfusses nicht gemacht. Damit werden unseren Nachkommen Belastungen aufgebürdet – dazu sind wir nicht bereit.

Balthasar Thalmann wirft ein, dass wer sein Handwerk nicht beherrsche, das Handwerk wechseln solle. Der Gemeinderat habe mit den Parlamentarischen Vorstössen die Möglichkeit, Änderungen zu bewirken.

Der Rat habe, so **Stefan Feldmann**, SP, eben von der FPD gehört, auch der Staat müsse in der Rezession sparen. So sei es eben genau nicht. In diesen Zeiten müsse die öffentliche Hand zwecks Stützung der Wirtschaft nicht zurückfahren. In Bern würden Konjunkturstützungspakete beschlossen. Das bringe mehr als Steuerfussenkungen. Nur wer Gewinn mache als Firma könne auch Steuern bezahlen. Das Thema werde beim Steuerfuss nochmals aktuell. Von den rund Fr. 20.00 von denen ein Steuerzahler profitieren kann, könne er sich nicht mehr leisten. Der Gemeinderat könne nicht pauschal kürzen. Wenn Leistungen gestrichen werden – so höre man, so sei es nicht gemeint. Man müsse die Sparmöglichkeiten auf den Tisch legen. Und überhaupt was bedeute Sparen wirklich? Sparen heisse Leistungsabbau. In guten Zeiten müsse man für schlechte Zeiten sparen. Dann seien aber die Rechten auch nicht dafür sondern würden lieber die Steuern senken. Steuersenkungen in den guten und schlechten Zeiten – das könne nicht aufgehen. Ein freisinniger Finanzvorstand mit einer vernünftigen Finanzpolitik würde das Eigenkapital äufnen.

Cla Famos, FDP, entgegnet, jetzt sei Rezession. Sparen wolle man nie und unter dem Strich gehe es nicht auf. Sparen heisse doch weniger ausgeben. Die Stadt gebe aber im nächsten Jahr mehr aus. Man müsse versuchen da und dort etwas bescheidener zu sein. Sie wüssten auch um die Parlamentarischen Instrumente. Es sei auch ein Instrument, bei der Budgetdebatte anzusetzen, nicht

bei allem Ja zu sagen. Jeder wisse, was er mit dem Geld mache, welches durch tiefere Steuern erhalte.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Es folgt die Detailberatung nach Geschäftsfeldern.

4.1 GF Steuerung und Führung

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert Werner Egli.

Leistungsaufträge 2010 – 2013 / Globalbudget 2010

1. GF Steuerung und Führung (Seiten A 1 – A 12)

Vorgespräch der Subkommission vom 8. Oktober 2009 durch GR Thomas Wüthrich, Beat Roos, Werner Egli mit Stadtpräsident Martin Bornhauser, Stadtschreiber Hansjörg Baumberger. Für das GF Bürger- und Parlamentsdienste zusammen mit Jörg Schweizer.

Art der Berichterstattung

Der Stadtrat und die Abteilungsleitung haben unseren Fragenkatalog – wie schon in den Vorjahren – schriftlich beantwortet. Diese detaillierte Uebersicht ist diesem Bericht beigefügt und bei den parlamentarischen Diensten archiviert. Für Rückfragen steht der Verfasser zur Verfügung. Dieser Bericht zuhanden des Gemeinderates beschränkt sich auf wesentliches innerhalb dieser Geschäftsfelder.

Gesamtes GF Steuerung und Führung

Unter Allgemeines wurde bemängelt, dass im Anhang (Zahlenteil) des Berichtes eine Spalte nach wie vor fehlt. Für den Voranschlag 2010 ist es die Spalte „Voranschlag 2009“. Das GF Steuerung und Führung wird gebeten, diese Änderung beim GF Finanzen zu erwirken. Weitere Bemerkungen betreffen die neue Darstellungsform im Leistungsauftrag. Die übergeordneten Wirkungs- und Leistungsziele entsprechen +/- denjenigen des Vorjahres.

Leistungsauftrag 2010 – 2013 (Seite A 1 bis A 12)

Im Einleitungsteil wurden Informationen zum Pandemiekonzept eingeholt. Zu den einzelnen Leistungsgruppen Stadtkanzlei u. Rechtsdienst, HRM und Personaldienst, Öffentlichkeitsarbeit, Controlling und neu Standortförderung wurden verschiedene Detailfragen behandelt. Insbesondere die Indikatoren gaben zu einigen Bemerkungen Anlass. Sind diese wirklich strategisch zu nutzen oder nicht einfach operative Abteilungszielsetzungen?

Die neue LG Standortförderung gab bezüglich der grossen Anzahl an Wirkungs- und Leistungszielen zu reden. So sind 15 Ziele formuliert. Auch die Indikatoren und die vom GR nicht beeinflussbaren Kennzahlen in dieser Leistungsgruppe führten zu längeren Diskussionen. Auch wenn Kennzahlen nicht Bestandteil des GR-Beschlusses sind, sollte deren Berechtigung in einem Leistungsauftrag geprüft werden. Die uns kürzlich vorgelegten Zahlen des Wirtschaftsförderers für das Jahr 2009 sind noch näher zu prüfen und im Abschluss 2009 umfassender zu beurteilen. Es ist aus Sicht des Verfassers jedenfalls eine klarere und vereinfachte Strukturierung dieser Leistungsgruppe gewünscht.

Neu ab 2010 zugeordnet wird die LG Wahlen und Abstimmungen, welche bisher im GF Bürger- und Parlamentsdienste angesiedelt war.

Globalbudget 2010 (Seite A 1 bis A 2)

Globalkredit (Seite A 2)

Vergleich GK 09/GK 10: Das Total des Globalkredits beträgt für das GF Steuerung und Führung (inkl. Verrechnungen) 3'962k Fr. - und ist somit um 599'000 Franken oder sehr hohe 17.8% höher als der Globalkredit 09. Die Steigerung fallen zur Hauptsache in den Bereichen Stadtrat (Pensenerhöhung Stadtrat) Sammelkosten Geschäftsfeld und bei der Öffentlichkeitsarbeit an. Die Details sind auf der Seite A2 mit Kommentar aufgeführt. Auch der Bereich Wahlen und Abstimmungen, im 2010 neu diesem GF zugeordnet, weist eine Erhöhung des Kredites gegenüber dem Vorjahr von Fr. 271k auf neu Fr. 325k auf. Begründung: Wahlen in der Stadt Uster im Frühling 2010.

Personal (Besetzte Stellen per 31.12.): Der Personalbestand wird gegenüber dem Voranschlag 2009 um 3.65 Stellen höher beantragt. Davon entfallen 3,1 Stellen alleine auf den Bereich HRM. Diese Stellen, welche bis anhin bei den Heimen zugeordnet waren, werden neu dem HRM zugeteilt. Dieser Einsatz wird gemäss KLR den Heimen weiterverrechnet. Somit werden pro Saldo keine neuen Stellen

beantragt, da die separaten, ebenfalls neuen 0,4 Stellen bei der Stadtkanzlei vom GF Bürger- und Parlamentsdienste stammen und dort reduziert werden.

Investitionsplanung (Seite A 2)

Es werden keine Investitionen beantragt.

An seinen Sitzungen vom 26. Oktober und 16. November 2009 hat die Sachkommission KÖS den Leistungsauftrag 2010 bis 2013 und das Globalbudget 2010 des GF Steuerung und Führung behandelt.

Ein Kürzungsantrag den Globalkredit dieses GF von im Budget 2010 beantragten Fr. 3'962k um Fr. 432k auf neu Fr. 3'530k zu reduzieren wurde mit 5:2 Stimmen angenommen.

In der Schlussabstimmung wurde das GF Steuerung und Führung mit dem reduzierten GK mit 6:1 Stimmen angenommen.

**Uster, 16. November 2009/we / Nachtrag: 29. November 2009/we
Nachtrag: 30. November 2009/we**

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**.

In der RPK wurde die pauschale Kürzung nicht zusätzlich begründet.

Der Antrag den

Globalkredit des GF Steuerung und Führung um CHF 432'000 auf neu CHF 3'530'000 zu kürzen.

Wurde mit 5 : 4 Stimmen angenommen.

Für den Stadtrat referiert der Stadtpräsident **Martin Bornhauser**.

Frau Präsidentin

sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Die Stadt Uster wächst. Die Komplexität der Probleme, welche sich der Verwaltung und dem Stadtrat stellen, nimmt zu. Die Erwartungen an die Professionalität und vor allem die Schnelligkeit der Entscheidungen der Verwaltung steigt. Das lässt sich mit den Strukturen einer grossen Gemeinde nicht mehr bewältigen. Drei Möglichkeiten haben wir: 1) Wir stocken in den alten Strukturen den Personalbestand auf. 2) Wir schaffen neue, effiziente, EDV-basierte Strukturen. 3) Wir bauen Leistungen ab.

Das Geschäftsfeld Steuerung und Führung setzt auf neue, EDV-gestützte Strukturen. Ihr Kürzungsantrag fällt uns dabei in den Rücken. Wir basieren - wie Sie wissen - auf der Geschäftsverwaltungssoftware AXIOMA. Die veraltete Software bedarf dringend eines Up-Dates. Die Kürzung lässt dieses Up-Date nicht zu.

Erst die neue Version von AXIOMA lässt die Verknüpfung mit neuen, zentralen Programmen zu. Z.B. das elektronische Personaldossier und das Organisationshandbuch. Beide Programme fallen dem Streichungsantrag zum Opfer. Folge: die Doppelspurigkeiten bleiben, der hohe Korrekturbedarf unter

den Abteilungen bleibt bestehen und der unnötige Telefonverkehr zwischen den Abteilungen und dem Personalamt bzw. den Abteilungen und dem Stadtschreiber und Stadtschreiberstellvertreter kann nicht beseitigt werden.

E-Government wird kommen. Mit dem Kürzungsantrag verschieben Sie das Projekt um ein Jahr ev. zwei, damit können wir leben.

Ich bitte Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen, eventualiter auf Fr. 90.000 zu beschränken.

Für die SP-Fraktion referiert **Stefan Feldmann**.

Voranschlag 2009 – GF Steuerung und Führung

Frau Präsidentin

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Bevor ich inhaltlich zum hier vorliegenden Kürzungsantrag komme, erlauben sie mich als langjährigem Mitglied dieses Rates eine kleine Vorbemerkung: Die Geschäftsleitung ist ja immer wieder auf der Suche nach Themen für die ratsinterne Weiterbildung. Mir scheint, dass wir das nächste Thema nicht allzuweit suchen müssen, sondern uns vermutlich wiederum den Grundlagen von NPM widmen sollten. Mir scheint, dass wenn Ratsmitglieder den Eindruck haben, dass Globalbudgets und Pauchalkürzungen irgendetwas miteinander zu tun haben, dann ist bei der Vermittlung des NPM-Wissens etwas fürchterlich schief gelaufen. Global und pauschal hat nämlich in etwa soviel miteinander zu tun, wie der Sack mit dem Esel.

Nun aber zum Kürzungsantrag: Die SP-Fraktion lehnt ihn ab. Zum einen erscheint und eine pauschale Kürzung von 10 Prozent im Vergleich zu anderen Geschäftsfeldern übermässig hoch. Zum anderen können wir nicht ständig eine professionelle Verwaltung verlangen, die professionelle Dienstleistungen erbringt, das alles schnell, unkompliziert und fehlerlos, ihr dafür aber nicht die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen. Die Kürzung würde insbesondere den neuen Release von Axioma betreffen. Damit könnten inskünftig ganze Dossiers für alle Abteilungen, die darauf Zugriff haben müssen, elektronisch zugänglich gemacht werden. Ohne diese Möglichkeit werden diese Dossiers weiterhin in Papierform geführt. Und wenn jemand diese verwaltungsintern benötigt, so muss auch inskünftig jemand an den Kopierer stehen, das Dossier muss per Hausdienst überbracht, später auf dem gleichen Wege wieder eingesammelt und abgelegt werden. Wahrlich eine gescheite Organisation im 21. Jahrhundert.

Zudem ist aufgeschoben nicht aufgehoben: Der Release von Axioma wird früher oder später sowieso nötig sein, spätestens dann wenn das alte System nicht mehr kompatibel ist. Und je länger man wartet, desto teurer wird es meistens. Es ist wie bei einem Auto: Sie können dieses in Schuss halten und bringen es so auch durch die Kontrolle. Oder sie investieren nichts, irgendwann gibt es den Geist auf und dann müssen sie ein neues kaufen.

In diesem Sinne bitte ich Sie den Kürzungsantrag abzulehnen.

Werner Egli meint, bei einer Erhöhung von 17,8% des Globalkredits solle um 10% gekürzt werden. Somit resultiere immer noch ein Plus von rund Fr. 200'000. Es seien keine neuen Wirkungs- und Leistungsziele vereinbart worden welche das grosse Plus nachweisen oder begründen würden.

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Schon erstaunlich was für politische Purzelbäume ein Stadtratskandidat schlagen kann. Werner Egli wird anlässlich der Politarena in der Presse so zitiert, dass er mehr Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung wünsche.

Als Gemeinderat hingegen versucht er mit dem Kürzungs-Zweihänder ebendiese Entwicklung der Verwaltung hin zu einer wirtschaftlicher arbeitenden Organisation zu verhindern.

Dies, indem er dem Geschäftsfeld Steuerung und Führung mehr als 10% der veranschlagten Mittel entziehen will.

Wird der Globalkredit gekürzt, so kann die Effizienzsteigerung in der Verwaltung und damit das Sparpotential nicht weiter ausgeschöpft werden. Es ist halt schon so: zuerst müssen die notwendigen Investitionen getätigt werden, bevor die Verwaltung die immer komplexer werdenden Aufgaben effizienter bewältigen kann. Dazu gehören die Aufwendungen für die Geschäftsverwaltungssoftware, welche die Grundlage für rationelles Arbeiten bilden soll.

Zum zweiten wäre eine Kreditkürzung fatal, wenn dadurch die Einführung des E-Government weiter verzögert würde. Da wird immer die Bürgernähe der Verwaltung postuliert, und wenn es dann soweit sein könnte, werden die dafür notwendigen Mittel entzogen.

Und schliesslich ist es nicht zuletzt die Politik, die einen Teil der Arbeit der Verwaltung verursacht. Da ist es personalpolitisch ein schlechtes Signal, die zur Bewältigung der Arbeit notwendigen Instrumente nicht zu genehmigen.

Mit solchen, überflüssigen Kürzungs-Rundumschlägen disqualifiziert sich sowohl der Stadtratskandidat wie auch der Gemeinderat Egli.

Die Grünen lehnen den Kürzungsantrag dezidiert ab.

Thomas Wüthrich, Grüne

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat stimmt

mit 21 : 14 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits, um Fr. 432'000, auf Fr. 3'530'000 zu.

4.2 GF Bürger- und Parlamentsdienste

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert Werner Egli.

2. GF Bürger- und Parlamentsdienste (Seiten B 1 – B 13)

Art der Berichterstattung

Wie beim GF Steuerung und Führung ist unser Fragekatalog schriftlich beantwortet worden. Der detaillierte Bericht liegt diesem Bericht ebenfalls bei. Dieser Bericht stellt deshalb lediglich eine kurze Zusammenfassung für die Behandlung im GR dar.

Gesamtes GF Bürger- und Parlamentsdienste

Der Regierungsrat hat beschlossen, die Gemeinden Egg, Greifensee, Mönchaltorf und Uster zu einem neuen Betreuungskreis zusammenzufassen. Die Diskussionen betrafen denn auch hauptsächlich die LG Stadttammann- und Betreibungsamt, deren Globalbudget 2010 sich mehr als verdoppelt und deren Stellenbesetzung von bisher 7 auf neu 11 Stellen anwachsen soll.

Die Leistungsgruppe Wahlen und Abstimmungen wird neu dem GF Steuerung und Führung zugeteilt

Leistungsauftrag 2010 – 2013 (Seite B 1)

Es werden wie in den Vorjahren im Geschäftsfeld keine übergeordneten Wirkungs- und Leistungsziele vereinbart. In den einzelnen LG wurde die LG Parlamentsdienste und Bürgerrecht nun aufgeteilt und als zwei separat geführte Bereiche präsentiert. Dementsprechend wurden interne Verschiebungen in Einleitung und bei den Wirkungs- und Leistungszielen vorgenommen. Sie entsprechen aber in der Gesamtübersicht den Zielen des Vorjahres.

Zu Diskussionen Anlass gab die LG Bürgerrecht bezüglich der Gebührenverordnung im Bereich Einbürgerungen. Die Gebührenverordnung ist gemäss Abteilung noch nicht verändert. Grund hierfür sei, dass zuerst die Behandlung der Motion Famos abgewartet werden will. Detaillierte Informationen zu diesem Thema sind im erwähnten Beilagebericht enthalten. Jedenfalls soll eine Änderung der Gebührenordnung in Kürze vorgenommen werden.

Weitere Fragen wurden bezüglich der LG Friedensrichter in Sachen Aufstockung der Stellenprozente und bezüglich der bereits erwähnten Leistungsgruppe Stadttammann – und Betreibungsamt gestellt. Vor allem der Auf- resp. Ausbau der Stellenbesetzung wurde deutlich hinterfragt. Alleine mit der Aussage: „Neuer Betreuungskreis Uster erfordert zusätzliche Stellen“ wollte sich die Kommission nicht zufrieden geben.

Globalbudget 2010 (Seite B 1 – B 2)

Globalkredit (Seite B 1)

Vergleich GK 09/GK 10: *Das Total des Globalkredites beträgt für das GF Bürger- und Parlamentsdienste (inkl. interne Verrechnungen) 1'325k Franken – und ist somit um 48'000 Franken oder 3.75% höher als der Globalkredit 2009. Die Steigerung von 152'000 Franken fällt auf den Bereich Stadttammann- und Betreibungsamt und beträgt in Prozenten + 152%! Beim Bürgerrecht ist dafür, aufgrund der tiefer zu erwartenden Fallzahlen und einer Anpassung der Einbürgerungsgebühren (die im 2010 aber noch nicht voll wirksam sein wird) mit deutlich tieferen Kosten zu rechnen.*

Personal (Besetzte Stellen per 31.12.): *Der Personalaufwand wird gegenüber dem Voranschlag um 3.7 Stellen höher beantragt. Davon entfallen 4 Stellen auf den Bereich Stadttammann- und Betreibungsamt. Die rechnerisch notwendigen Reduktionen wurden bei den anderen Bereichen vorgenommen.*

Investitionsplanung (Seite B2)

Es werden keine Investitionen beantragt.

An seinen Sitzungen vom 26. Oktober und 16. November 2009 hat die Sachkommission KÖS den Leistungsauftrag 2010 bis 2013 und das Globalbudget 2010 des GF Bürger- und Parlamentsdienste behandelt.

Ein Kürzungsantrag den Globalkredit dieses GF von im Budget 2010 beantragten Fr. 1'325k um Fr. 64k auf neu Fr. 1261k zu kürzen, wurde mit 7:0 Stimmen angenommen. Dieser Kürzungsantrag wurde damit begründet, dass aufgrund der Zusammenlegung der Betriebsämter Egg, Greifensee und Mönchaltorf mit Uster rechnerisch nicht die beantragten 4 Stellen sondern nur deren 2 neue Stellen notwendig sind. Die genannte Summe von Fr. 64k entspricht denn auch der Nichtbesetzung von 2 Stellen für die Zeitdauer von 4 Monaten im 2010.

In der Schlussabstimmung wurde das GF Bürger- und Parlamentsdienste mit dem reduzierten GK mit 7:0 Stimmen angenommen.

**Uster, 16. November 2009/we / Nachtrag: 29. November 2009/we
Nachtrag: 30. November 2009/we**

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**.

Auch in der RPK konnte die Argumentation des Antrages üb erzeugen.

Der Antrag

Der Globalkredit der Leistungsgruppe Stadtammann- und Betriebsamt resp. den Globalkredit des GF Bürger- und Parlamentsdienste um CHF 64'000 zu kürzen und neu auf 1'325'000 festzulegen

wurde mit 9 : 0 stimmen angenommen

Martin Bornhauser hält fest, dass der Bedarf mit dem Betriebsinspektorat geklärt worden sei. Gemäss diesen Berechnungen benötige der neue Betriebskreis 11 Stellen. Die Kommission sage es genügen 9 Stellen. In diesem Falle müsse die Leistungsgruppe die Herausforderung annehmen. Die Aufsichtskommission werde genau beobachten und eingreifen, falls es nicht reiche. Er beantrage, dass der Antrag nicht angenommen werde. So könnte in den ersten vier Monaten mit einer Vollbesetzung gestartet werden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

35 Stimmen

**dem Kürzungsantrag Globalkredit Leistungsgruppe Stadtammann- und
Betreibungsamt, resp. den Globalkredit des GF Bürger- und Parlamentsdienste,
um Fr. 64'000, auf Fr. 1'261'000 zu kürzen.**

4.3 GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Petra Bättig**.

Budget 2009 / GF Kultur

*Sehr geehrter Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen*

Das Geschäftsfeld Kultur rechnet für das kommende Jahr mit Ausgaben von CHF 3.167 mio. Trotz dem vom Gemeinderat erhöhten Beitrag an die KGU von CHF 70'000 und dem Beitrag zur Jugendförderung in den Ustermer Vereinen von CHF 200'000 liegt das Budget 2010 nur gut CHF 240'000 über dem Betrag von 2009.

Folgende Punkte haben wir diskutiert:

- *Kulturkonzept: Die Kulturkommission wird im Januar in einem Workshop eine Vision 2020 für die Kultur in Uster erarbeiten. Die Massnahmen aus dem Kulturkonzept von 2000 werden anschliessend revidiert.*
- *Qbus: Die Investition für ein zukünftiges Provisorium ist nun dreimal so hoch wie noch 2009 vorausgesehen. Allerdings war die damalige Zahl eine reine Schätzung, welche nur als Signal für zukünftige Investitionen vorgesehen war. Die aktuelle Zahl von CHF 1.40 mio beruht auf zwei externen Schätzungen und ist deshalb verlässlicher. Dieses Projekt wird 2010 im Gemeinderat besprochen werden*
- *Förderbeiträge: In Zukunft soll es nur noch drei Leistungsgruppen im Geschäftsfeld Kultur geben. Deshalb hat bereits jetzt eine Umlagerung der Förderbeiträge statt gefunden. Ein genauer Vergleich in den einzelnen Sparten mit den Vorjahreszahlen ist daher nicht möglich. Da immer mehr Beitragsgesuche eingereicht werden (20-30 Gesuche mehr seit 2007), werden die Förderbeiträge aufgestockt und mit der neuen Sparte, Audio/Visuell' ergänzt.*
- *SwissJazzOrama: Unter der Bedingung, dass eine neue Strategie, die unter anderem die Zukunftsvision aufzeigen soll, vorgelegt wird, soll der Beitrag an das SwissJazzOrama um CHF 5000 auf jährlich CHF 20'000 erhöht werden. Das hat eine Anpassung des Leistungskontraktes zur Folge.*
- *frjz: Die höheren Kosten sind auf einen Anstieg der Lohnkosten zurückzuführen.*
- *Jugendbeauftragter: Daniel Goldberg habe sich in seinen ersten drei Monaten als Jugendbeauftragter in Uster sehr gut eingearbeitet. Nach einer Umfrage bei den Vereinen wird er nun gemeinsam mit der Jugendkommission Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit bei den Vereinen erstellen. Vorgesehen ist, dass diese Gelder vor allem an die Vereine gelangen, bei welchen sich Jugendliche direkt an der Vereinsarbeit und der Gestaltung des Vereins beteiligen. Damit soll Partizipation vor reiner Konsumation gefördert werden. Die Richtlinien sollen im ersten Halbjahr 2010 im Gemeinderat präsentiert werden. In naher Zukunft soll der Jugendbeauftragte von Roland Boss die Kinder- und Jugendförderung übernehmen.*
- *kunst.kultur: Diese Leistungsgruppe ist nun sehr klein und wird deshalb in Zukunft mit der Leistungsgruppe Förderung zu einer Leistungsgruppe der Künste zusammengelegt.*
- *Zeughaus: In der Leistungsgruppe förderung.kultur wird in Zukunft unter Leistung L 02 nicht nur der Qbus, sondern auch das Zeughaus, aufgeführt. Die Vermietung und der Unterhalt des Zeughausareals sind nach wie vor komplexe Aufgaben. Da die Stromversorgung in nächster Zukunft sichergestellt ist, können die Räume im 2. Stock, nach Realisation der feuerpolizeilich bedingten Bauten, vermietet werden. Das für 2009 gesprochene Geld wurde in Wasser- und Elektroinstallationen und in einen neuen WC-Container (bestellt) investiert. Im 2010 sollen die budgetierten CHF 250'000 vor allem für Feuerpolizeiliche Massnahmen und die Heizung verwendet werden.
Die KBK beantragt dazu eine Kürzung der geplanten Investition ins Zeughaus K um CHF 100'000 auf CHF 150'000. Wie vom Gemeinderat im 2008 beschlossen, soll damit ein Gesamtbetrag von*

CHF 290'100 für die Sanierung des Gebäudes K ausgegeben werden und nicht wie neu vorgesehen CHF 350'000. Die KBK hat diesem Antrag mit 5:4 Stimmen zugestimmt.

Speziell am Geschäftsfeld Kultur ist, dass die Leistungsgruppe kunst.kultur nach dem Wegfall der Villa am Aabach sehr klein ist und der Grossteil des Budgets nicht für Kultur im engeren Sinne, sondern für die Bibliotheken und die Arbeit mit Jugendlichen (allg. Soziokultur) eingesetzt wird. Da in letzteren beiden Bereichen sehr viele Fixkosten vorgegeben sind (Personalkosten oder Leistungseinkäufe), würde eine Kürzung vor allem den kleinen Teil Kultur im engeren Sinn (Künste) oder die Jugendförderung treffen.

Die KBK hat das Budget GF Kultur an den Sitzungen vom 26. Oktober und vom 16. November 2009 beraten und empfiehlt dem Gemeinderat, dieses mit einem Stimmenverhältnis von 9:0 anzunehmen.

Petra Bättig und Gaby Seiler

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gabriela Seiler**.

Gestützt auf die Informationen aus der Sachkommission gab es keine nennenswerten Diskussionen in der Rechnungsprüfungskommission. Sie hat den Kürzungsantrag mit 6 : 3 Stimmen angenommen.

Martin Bornhauser ergänzt, dass er erklärt habe, dass diese Fr. 100'000 nicht für das Gebäude K seien. Die Installation der Trafostation diene dem Gesamtareal. Es könne nicht mehr Raum vermietet und Strom bezogen werden ohne zusätzliche Trafostation. Wenn die Investition jetzt gekürzt werde, bleibe es beim Status Quo.

Daniel Hunziker unterstreicht, dass hier nicht gespart werden könne. Sonst könnten auch weniger Vermietungen getätigt werden. Das Dachgeschoss könne ohne Stromzufuhr nicht vermietet werden und die Stadt verliere jeden Monat Mieteinnahmen. In den verbleibenden 6 Jahren könnten noch Mieteinnahmen generiert werden. Es gehe hier um Kulturförderung. Er hoffe, dass dieser Investition zugestimmt werde und die Einnahmen generiert werden könnten. Das gesprochene Geld (sep. Kredit) konnte bis heute noch nicht ausgegeben werden. Er appelliert dafür, dass das bewilligte Geld auch investiert werde.

Werner Kessler war auch am runden Tisch betreffend Zeughaus dabei. Er unterstreicht, dass die Interessenten für die Mieten vorhanden seien.

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Die vollumfängliche Zwischennutzung des Gebäudes K auf dem Kasernenareal darf durch eine Kürzung des Investitionskredits nicht gefährdet werden.

Es ist wirtschaftlicher Unsinn ein Gebäude zu mieten, und dann nicht die Investitionen zu tätigen, damit der volle Ertrag realisiert werden kann.

Wenn schon bei dieser Gelegenheit das öffentliche Interesse mit Füßen getreten wird, dann kann man sich leicht ausrechnen, was im Rahmen des so hoch gelobten 5-Phasen-Plans für das Zeughausareal für die Öffentlichkeit übrig bleiben wird. Sicher nicht das, was sich die Bevölkerung Usters wünscht!

Der Kürzungsantrag ist ein weiterer Schuldbürgerstreich sondergleichen. Denn knapp 1 Mio. der gesamten Investitionskosten haben wir dem Entscheid der bürgerlichen Parteien zu verdanken, das

Areal Braschlergasse als Reserve für die Stadthausenerweiterung aufzugeben. Aus diesem Entscheid resultiert die Notwendigkeit für den Qbus ein Provisorium zu errichten. Um diesen Fehlentscheid zu kaschieren, soll jetzt einfach – und zum wiederholten Mal – beim Kasernenareal gespart werden.

Sollte der Kürzungsantrag genehmigt werden, kann den jetzigen Mietern im Gebäude K eigentlich nur geraten werden, ihre Mietverträge zu kündigen. Denn das ihnen versprochene Potential und die in Aussicht gestellten Synergien können nicht vollumfänglich genutzt werden.

Etwas Kritik muss sich der Stadtpräsident allerdings schon gefallen lassen. In dem Sinne, dass nicht von Anfang an deutlich offen gelegt wurde, wie hoch die Investitionen im Gebäude K tatsächlich sein werden, damit das Gebäude auch vollumfänglich genutzt werden kann. Diese Informations-Salamitaktik ist bei einem solch emotionsbeladenen Thema kontraproduktiv.

Nichtsdestotrotz, der Kürzungsantrag ist mehr als unüberlegt.

Die Grünen lehnen den Antrag kategorisch ab.

Thomas Wüthrich, Grüne

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Petra Bättig**.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Investition um CHF 100'000 kürzen für Trafostation

In der KBK hat uns der Stadtpräsident persönlich versichert, dass es im Zeughausareal genügend Strom gebe, um den zweiten Stock im Gebäude K zu vermieten. Dies nachdem in einem ungenutzten Gebäude eine weitere Stromleitung ‚gefunden‘ wurde. So könne nun, sobald die Feuerpolizeilichenmassnahmen umgesetzt werden, endlich auch die Räume im zweiten Stock vermietet werden.

Der Gemeinderat hat einen Kredit von CHF 290'000 bewilligt. Davon wurden im vergangenen Jahr CHF 137'000 ausgegeben. Es steht also noch Geld zur Verfügung für die nötigen Umbauten. So lange diese nicht abgeschlossen sind, so lange nicht klar ist, wie die Vermietung dort funktionieren wird und so lange solche Investitionen offensichtlich einfach kurzfristig ins Kulturbudget hineingerutscht sind, finden wir es nicht nötig, hier noch mehr Geld zu investieren. Wir sind hier jetzt eher für den Spatz in der Hand. Und wenn wir den dann haben, können wir immer noch die Taube auf dem Dach, resp. Den Rest des Zeughausareals in Angriff nehmen.

Petra Bättig-Frey, Gemeinderätin FDP

Für die SP-Fraktion referiert **Regula Trüeb**.

SP-Fraktionsmeinung

Zum Antrag „Kürzung Investition Zeughaus um Fr. 100'000“

Die SP-Fraktion wird den Kürzungsantrag ablehnen, und dies aus folgenden Gründen:

Sie erinnern sich sicher: Für die dringend notwendige Investitionen im Gebäude K hat der Gemeinderat Fr. 290'000.- beschlossen, damit die Räumlichkeiten vermietet und auch genutzt werden können. Von diesen Investitionen wurden Fr. 140'000.- bereits im 2009 gebraucht, Fr. 150'000.- sind für 2010 vorgesehen. So weit, so gut.

Die zusätzlichen Fr. 100'000.-, welche nun gestrichen werden sollen, sind nicht für zusätzliche Investitionen im Gebäude K gedacht. Dies ist aus der Darstellung im Voranschlag leider nicht ersichtlich, was die SP bemängelt, denn es werden zwei verschiedene Kredite vermischt. Die zusätzlichen Fr. 100'00.- sollen für die Finanzierung einer neuen Trafostation eingesetzt werden. Die braucht es, um die Versorgung des ganzen Zeughausareals mit Elektrizität sicher zu stellen. Ohne diesen Kredit für die Trafostation würde auch der Ausbau des 1. Stockes im Gebäude K erschwert. Ohne diesen Kredit können keine neuen Stromkonsumenten mehr im Zeughausareal angesiedelt werden, obwohl in Uster nach wie vor ein grosser Bedarf an Räumlichkeiten, z.B. an Musikübungsräumen, besteht. Ohne diese Fr. 100'000 können auch keine Feste gefeiert und Discos veranstaltet werden, sonst bricht die Stromversorgung zusammen. Der Stadt Uster entgehen so einerseits wertvolle Mieteinnahmen und andererseits die Möglichkeit, für Jugendliche in Uster ein Freizeitangebot anzubieten. Und wenn wir über das Zeughaus sprechen, dürfen wir nie vergessen, wie wichtig eine lebhaftes Zwischennutzung für das Gelände und die Stadt Uster ist. Auf diesem Gelände besteht die Möglichkeit, dass viel Kreatives entstehen kann. Wir kennen zahlreiche Beispiele aus der ganzen Schweiz. Es braucht nicht viel, um den Nährboden dafür zu schaffen. Aber ohne Strom gibt's gar nichts - ausser ein paar müde abgestellte Autos eines Händlers. Aus diesen Gründen lehnt die SP-Fraktion den Kürzungsantrag ab.

Insgesamt ist die SP-Fraktion erfreut über den Voranschlag des GF Kulturs. Wir stellen mit Befriedigung mit, dass der Stadtrat weiterhin auf ein lebendiges Kulturleben in Uster baut:

- 1. Die KGU steht mit dem vom GR erhöhten Beitrag von Fr. 70'000 pro Jahr auf sichereren Füßen. Die grösste Kulturanbieterin unserer Stadt kann weiterhin professionelle Veranstaltungen nach Uster holen.*
- 2. Für den Qbus plant die Stadt eine Übergangslösung. Der stark ausgelastete Saal im Zentrum von Uster, z.B. mit dem Kino Qtopia, soll erhalten bleiben und weiter einen wertvollen Beitrag zum Uster Kulturleben beitragen.*
- 3. In der Leistungsgruppe sozio.kultur sind unter Fachstelle Jugend Fr. 200'000.- budgetiert. Dieser Betrag soll im kommenden Jahr für die Jugend- und Vereinsförderung eingesetzt werden. Dies ist ja schon lange ein Anliegen der SP Uster. Sie hat in dieser Legislatur bereits zwei parlamentarische Vorstösse dazu eingereicht und jetzt auch eine Volksinitiative mit dieser Absicht lanciert.*

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, dem Budgetantrag des Stadtrates zu folgen und den Kürzungsantrag abzulehnen

Nänikon, 30.11.2009

Regula Trüeb

Werner Egli merkt an, es sei doch interessant, wie die Grünen und die SP plötzlich Strom verbrauchen möchten. Es sei immer noch eine gemietete und fremde Liegenschaft. Heute seien es zwei Mieter, welche hunderte von m2 benutzen. Es sei eine starke Konkurrenzierung zu anderen Vereinen, welche für deutlich höhere Kosten Räume mieten müssten. Die SVP/EDU-Fraktion sei gegen weitere Investitionen.

Balthasar Thalmann entgegnet, dass es nicht unüblich sei, wenn die Stadt in fremde Liegenschaften investiere. Das mache sie regelmässig dort wo es sinnvoll sei, so am Gotthardweg 1 und bei der Stadt- und Regionalbibliothek. Vor zwei Stunden hätte die FDP/CVP-Fraktion bei der Eintretensdebatte erklärt, wo sie nicht sparen wolle – unter anderem bei der Kultur.

Martin Bornhauser meint, er sei sich als Stadtpräsident gewöhnt, getadelt zu werden. Hier sei der Tadel aber nicht am richtigen Ort. Man habe zum Vornherein gesehen, dass mehr Geld benötigt würde. Deshalb habe er ja auch einen Antrag über Fr. 500'000 an den Gemeinderat gestellt. Dieser sei aber dann vom Rat in der Folge auf Fr. 290'000 gekürzt worden – im Bewusstsein, dass es kaum reichen würde.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

18 : 17 Stimmen

**dem Kürzungsantrag bezüglich Investitionen Zeughausareal um Fr. 100'000
zuzustimmen.**

4.4 GF Finanzen

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Rolf Graf**.

GF Finanzen (Seiten D 1 – D 24)

Das Vorgespräch der Subkommission vom 30.10.2009 wurde durch Peter Wüthrich, Andres Kund und mir mit Stadtrat Heinz Wolfensberger, Abteilungsleiter Markus Josi und Beat Binder, dem Verantwortlichen für die Leistungsgruppe Informatik geführt.

Wir haben wie gewohnt unsere Frage im Vorfeld schriftlich eingereicht und in verdankenswerter Weise auch die Antworten dazu im Nachgang schriftlich erhalten.

In den Leistungsaufträgen 2010 des GF Finanzen wurden verschiedene Leistungen neu aufgenommen oder ausgebaut:

Neu soll die Buchhaltung der SSU durch die Finanzabteilung der Stadt geführt werden. Die entsprechende Stellenaufstockung ist jedoch für das GF Finanzen kostenneutral, da die Kosten der SSU weiterbelastet werden.

Zudem soll die IT-Infrastruktur der Heime der Stadt Uster in den Informatikdienst der Stadt Uster übernommen werden. Von den anfallenden Kosten, kann jedoch nur der durch die Heime direkt beeinflussbare Anteil weiterbelastet werden.

Und schliesslich sollen die Informatikdienstleistungen den in der Studie 2007+ definierten Standards angepasst werden.

Wie wirkt sich dies auf den Globalkredit aus?

Das Total des GK beträgt für 2010 1'720'000 und ist somit um 1,9 Mio. höher als der Globalkredit 2009. In % lässt sich dies gar nicht ausdrücken, da im Budget 09 noch ein Ertrag budgetiert werden konnte.

Doch die Steigerung lässt sich einfach erklären:

Von den CHF 1'9 Mio. entfallen alleine 1,3 Mio auf den Kapitalsdienst. Dies weil der Zinsertrag aufgrund der anstehenden Investitionen und dem damit verbundenen Liquiditätsabfluss tiefer ausfallen wird. CHF 342'000 entfallen auf die Leistungsgruppe Informatik. Dies aufgrund einmaliger Kosten für den Ausbau des Netzwerkes im Zusammenhang mit dem Anschluss der Aussenstellen sowie einer Stellenerhöhung von 50 Stellen% zur Sicherstellung der Dienstleistungen (Ausgewiesen aufgrund der Studie 2007+ und zur Steigerung der Datenqualität).

Im Investitionsplan sind CHF 500'000 vorgesehen.

CHF 200'00 für den Updat der Betriebssysteme und der Office-Produktpalette und CHF 300'000 für die Erneuerungsinvestition des Netzwerkes.

Anträge in der KÖS:

Der Globalkredit im Geschäftsfeld Finanzen soll um 300'000 Franken auf 1'420'000 Franken gekürzt werden.

Begründung

Die Kosten in diesem Geschäftsfeld sind um 971'000 Franken angestiegen was über 100% ist. So eine massive Kostensteigerung können wir in der heutigen Situation nicht gut heissen. Eine Erhöhung des Globalkredites um 671'000 Franken scheint uns angemessen um den Betrieb des

Geschäftsfeldes aufrecht erhalten zu können. Wo diese Einsparungen gemacht werden überlassen wir dem Geschäftsfeld. Die LG Informatik ist der grösste Verursacher der Kostensteigerung, ich denke dort ist die Zitrone noch nicht ausgepresst.

Dieser Antrag wurde mit 5 : 2 Stimmen angenommen.

Im weitem wurde beantragt, dass die Indikatoren I 03 und I 04 der Leistungsgruppe Steuern nicht mehr per Ende Oktober sondern per 31.12. erhoben werden, da das entsprechende Abschlussdatum ebenfalls auf den 31.12. verlegt worden ist.

Dieser Antrag wurde mit 7 : 0 Stimmen gutgeheissen.

Das GF wurde mit 7 : 0 Stimmen gutgeheissen.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**.

In der RPK wurden keine weiteren Argumente eingebracht:

Die Abstimmungen ergaben folgende Ergebnisse:

Kürzung des Globalkredits um 300'000 Franken auf 1'420'000 Franken.

5 : 4 angenommen.

Anpassung der Indikatoren I 03 und I 04 der Leistungsgruppe Steuern

9 : 0 angenommen.

Heinz Wolfensberger weist an dieser Stelle auf die ausführliche Begründung seitens der Abteilung Finanzen hin sowie auf das Referat des Stadtpräsidenten zur Steuerung und Führung. Er bittet die Präsidentin in der Folge die Anträge bezüglich Anpassung der Zielsetzungen und die Indikatoren entsprechend zu ändern.

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Auch in diesem Geschäftsfeld will der bürgerliche Kürzungs-Häcksler seine Arbeit verrichten.

Und auch hier würde im Wesentlichen die Leistungsfähigkeit der Verwaltung beschnitten. Prozesse und Kosten könnten nicht im notwendigen Umfang optimiert werden, die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung würde auch hier in Frage gestellt.

Es gilt dasselbe wie beim GF Steuerung und Führung. Es müssen Investitionen getätigt werden, damit die Verwaltung ihre Aufgaben so effizient und kostengünstig erfüllen kann, wie wir das alle wollen. Alles andere, nur fordern und nichts investieren, ist heuchlerisch.

Es wäre auch beschämend für die Stadt Uster, wenn die Beiträge an Hilfsaktionen im In- und Ausland gekürzt werden müssten. Die veranschlagten 50'000 Franken entsprechen kaum 0,025% der gesamten Aufwendungen der Stadt Uster. Wo doch schweizweit eine Quote von mindestens 0,5%, also 20mal mehr, angestrebt wird.

Diese mangelnde Solidarität mit Notleidenden macht manchen Werbefranken für das gute Image der Stadt Uster umgehend zunichte.

Über andere von der Verwaltung vorgebrachte Kürzungsmöglichkeiten lässt sich allenfalls diskutieren. Das von den Grünen dabei ausgelotete Kürzungspotential beläuft sich allerdings auf maximal 125'000.- Franken. Und sicher bei der Hälfte davon handelt es sich um Aufwendungen die einfach später anfallen werden.

Die Grünen lehnen eine Kürzung des Globalkredits im Geschäftsfeld Finanzen um Fr. 300'000.- ab.

Thomas Wüthrich, Grüne

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmungen

Antrag Indikatoren I 03 und I 04

Der Gemeinderat beschliesst mit

35 Stimmen (einstimmig)

Der Änderung der Indikatoren I 03 und I 04 werden per 31.12. erhoben und lauten daher: I 03 Anzahl fällige Steuerausstände per 31.12. aus dem Vorjahr I 04 Geldwert Steuerausstände per 31.12. aus dem Vorjahr, zuzustimmen.

Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

21 : 14 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits Finanzen um Fr. 300'000 auf Fr. 1'420'000 zuzustimmen.

Anträge Stadttag:

Zielsetzung Z-02 ist gänzlich zu streichen:

«Die Stadt Uster stellt für die Entwicklungshilfe sowie für Inlandprojekte Gelder zur Verfügung.»

Der Gemeinderat lehnt die Streichung der Zielsetzung mit

35 Stimmen (einstimmig) ab.

Indikator I-03 Ausbezahlte Beiträge Hilfsaktionen ist anzupassen von 50k CHF auf 30k CHF

Der Gemeinderat lehnt die Reduktion des Indikators mit

27 : 7 Stimmen ab.

Anpassung der Indikatoren:·

I-01 Reaktionszeit Erhöhung auf 1h30min

Der Gemeinderat lehnt die Anpassung des Indikators mit

23 : 2 Stimmen ab

Sämtliche Ziele des Leistungsauftrages könnten nur eingeschränkt erreicht werden.

Das Ziel Z-05 «Die Dienstleistungen wirtschaftlich und kundenfreundlich erbringen.» könnte nicht mehr erreicht werden. Zielsetzung für das Jahr 2010 ist neu wie folgt zu definieren:

«Die Dienstleistungen möglichst kostengünstig erbringen.»

Der Gemeinderat lehnt die Anpassung des Ziels Z-05 mit

31 : 0 Stimmen ab

Folgende Indikatoren sind anzupassen:·

I-02 und I-04 Anzahl Störfälle Netzwerk und Telefonie Anpassung: < 3

Der Gemeinderat lehnt die Anpassung des Ziels Z-05 mit

30 : 0 Stimmen ab

Stadtrat **Heinz Wolfensberger** merkt an, dann könne er ja die dabei nicht gesparten Fr. 170'000 wieder ins Budget aufnehmen.

Stefan Feldmann unterstreicht, dass der Gemeinderat eben den Beweis erbracht habe, dass er nicht NPM-tauglich sei. Die SVP wolle weniger Geld geben aber die Dienstleistungen sollen in der gleichen Qualität erbracht werden.

4.5 GF Liegenschaften (inkl. Leistungsmotion Nr. 576)

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert Peter Wüthrich.

Leistungsauftrag 2010 - 2013 und Globalbudget 2010

GF Liegenschaften (Seiten E1 – E24)

Die Vorbesprechung des Geschäftsfeldes fand am 30.10.2009 mit dem Abteilungsvorsteher Heinz Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen Markus Josi und GF-Leiter Thomas Bornhauser statt. Der Gemeinderat bzw. die KÖS waren vertreten durch Rolf Graf, Andres Kunz und Peter Wüthrich.

In der KÖS wurde das Geschäftsfeld am 16.11.2009 behandelt.

Einleitung: (Seite E3)

Finanzielle Folgen: *Gemäss Auskunft von Heinz Wolfensberger wird mit dem Wegfall der Verpflichtung, liquide Mittel von 4 Mio. zu generieren, der Verkauf der Baulandreserven nicht mehr mit der gleichen Priorität verfolgt. Der Stadtrat behält sich vor, auch weiterhin mit Kaufinteressenten zu verhandeln und das entsprechende Geschäft dem Gemeinderat zu unterbreiten.*

Prognose zur Zielerreichung 2009: *Die AXA Winterthur Leben sieht für ein Projekt mit einem Gewerbe- und Dienstleistungsanteil von 50% an dieser Lage keine Realisierungschancen und hat sich deshalb aus dem Kaufvertrag zurückgezogen.*

Globalbudget 2010 (Seiten E5 – E7)

Investitionsplanung (Seite E7)

Soll 09: *Die Sollwerte des laufenden Jahres sind im Budget des Folgejahres nicht aufgeführt, würden aber die Einschätzung der Investitionsplanung erleichtern.*

Antrag 2: *Einfügen der neuen Spalte 'Sollwerte des laufendes Jahr' für alle Investitionsplanungen.*

Der Antrag wurde in der KÖS mit 7:0 Stimmen angenommen.

Investitionen Musikcontainer: *Der ursprünglich gestellte Antrag verlangte die Streichung der gesamten Investitionen. Da aber ein vertraglich festgelegter Pflichtanteil von CHF 75'000 geleistet werden muss, wurde ein Gegenantrag gestellt, der diesen Pflichtanteil in vollem Umfang berücksichtigt.*

In der Ausmarchung überflügelte der Gegenantrag den ursprünglichen Antrag mit 4:3 Stimmen.

Antrag 3: *Die Reduktion der Investitionen um CHF 130'000.-, wie es der Gegenantrag verlangt, wurde in der KÖS mit 5:2 Stimmen gutgeheissen.*

Zentralstrasse 39, Fassadensanierung

Antrag 4: *Streichung der Investition.*

Der Antrag wurde in der KÖS mit 4:3 Stimmen gutgeheissen.

LG Grundstückbewirtschaftung (Seiten E8 – E9)

Globalbudget 2010 (Seite E9)

Indikatoren: (Seite E9)

Antrag 1: *Neuer Indikator 'I01 Saldo aus Kauf- und Verkaufserlös von Bauland und überbaute Liegenschaften, Wert > 0.*

Der Antrag wurde in der KÖS mit 1:6 Stimmen abgelehnt.

LG Baumanagement (Seiten E10 – E11)

Einleitung: (Seite E10)

Projektmanagement-Handbuch: *Das Handbuch wird dem Stadtrat per 15.12.2009 zur Beantwortung übergeben und die Initialversion wird im 2010 zur Verfügung stehen. Erfahrungen und*

Vorgehensweise des Entwurfs werden bereits heute in Projekten integriert. Neue Erfahrungen werden auch in Zukunft laufend integriert. Demnach könnte das Ende statt mit 'Laufend' auch mit '2010' angegeben werden.

LG Immobilienbewirtschaftung (Seiten E12 – E24)

Einleitung: (Seite E12)

Musik Container: Die Bewirtschaftung der zusätzlichen Räumlichkeiten wird im Jahre 2010 in das Gesamtkonzept des Stadthofsaalmanagements integriert. Mit der späteren Übernahme der Q-Bus-Bewirtschaftung wird das Gesamt-Bewirtschaftungskonzept voraussichtlich erst ab 2011 bereit sein. Das Ende könnte demnach statt 'Laufend' auch mit '2011' ersetzt werden.

Postulat Locher: Die Konsolidierung nach Übernahme wird ca. 1 Jahr in Anspruch nehmen. Demnach könnte statt 'Laufend' auch '2010' angegeben werden.

Globalbudget 2010 (Seiten E12 – E13)

Kennzahlen: (Seite E13)

K11 Vereinsliegenschaften VV: Bei der Gegenüberstellung der aufgeführten Zahlen mit der entsprechenden Aufzählung im Anhang 1 wurde eine Diskrepanz festgestellt. Die Diskrepanz liegt in den unterschiedlichen Einheiten der Angaben. Während in den Kennzahlen von Mietverträgen gesprochen wird, ist im Anhang von Mietobjekten die Rede aufgeführt. Da ein Objekt mehrere Mietverträge haben kann, müssen die beiden Zahlen nicht identisch sein.

Die Steigerung des Kennzahlenwertes hat ihren Grund ausschliesslich in den neuen Mietverträgen der Mühleholz-Parkplätze.

Anhang 2: Übersicht Indikatoren / Kennzahlen / Finanzen / Investitionen (Seiten E16 – E17)

K13 Schulliegenschaften (GF Primarschule) (Seite E17): Zum Zeitpunkt der Erstellung des Antrags war noch nicht klar, wann und in welcher Grösse Schulraumprovisorien nötig sind, so dass im Plan 13-Wert ein '+' steht.

In der Investitionsplanung wurde in der letzten Redigierung unter dem Projekt 'Krämeracker' noch ein Projekt 'Pavillon' mit CHF 1 Mio. eingetragen. Dies ist in der Kennzahl K13 noch nicht berücksichtigt.

Der SOLL10-Wert sollte 46 lauten.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**.

GF Liegenschaften (Seiten E 1 – E 24) - RPK

In der RPK führten die Mehrheitsanträge der KÖS zu folgenden Abstimmungsergebnissen

Der Antrag, dass künftig auch in der Investitionsplanung die Spalte ‚SOLL 09‘ aufgeführt werden soll

Wurde mit 9 : 0 Stimmen gutgeheissen.

Der Antrag die Investition für den Musikcontainer um 130'000 auf den Pflichtteil von 75'000 zu kürzen

Wurde mit 5 : 4 Stimmen gutgeheissen

Der Antrag die Investition in die Liegenschaft Zentralstrasse von CHF 600'000 zu streichen

wurde mit 9 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Minerheitsantrag wurde in der RPK erneut gestellt ,

so wurde beantragt, dass in **der Leistungsgruppe Grundstückbewirtschaftung**

der Indikator „I 01 Saldo aus Kauf- und Verkaufserlös von Bauland und überbauten Liegenschaften (Finanzvermögen)“; mit dem Wert >0 aufzunehmen ist .

Dies im Sinne, dass Mittel- oder Langfristig der Verkaufserlös wir in neue Grundstücke investiert werden müsste.

Dieser Antrag wurde mit 3 : 6 Stimmen abgelehnt.

Werner Egli moniert, dass gemäss Investitionsplanung bereits im letzten Jahr Fr. 700'000 eingestellt und im 2009 bereits 100'000 ausgegeben wurden. Das sei sehr hoch für eine Sanierung. Bei der Stellungnahme werde einzig von der erweiterten Dachuntersicht gesprochen. Dass es sich dabei um eine tiefgreifende Gebäudesanierung handelt, hätte früher klar mitgeteilt werden sollen. Dann hätten diese Fragen nicht gestellt werden müssen. Zu den 150'000 für die Fassade komme noch viel mehr dazu. Hier wurden dem Gemeinderat die Informationen nur häppchenweise vorgelegt. Nun seien seitenweise Begründungen und Beweisfotos geliefert worden. Er könne nicht nachvollziehen, weshalb nicht bei der Beratung bereits entsprechend informiert worden sei. Es sei bedenklich, dass die Sanierung nicht schon früher realisiert worden sei – nicht erst, wenn Einsturzgefahr bestünde.

Rolf Graf hält fest, dass wenn dem Musikcontainer die Fr. 130'000 entzogen würden, die Mittel für die neue Infrastruktur fehlen würden. Der Container könne so nicht gut vermietet werden, wenn der Mieter die ganze Infrastruktur selber mitbringen müsse. Für eine vielseitige Nutzung müsse die Infrastruktur angepasst werden. Dafür brauche es diese Fr. 130'000. Sonst seien nur vereinzelte Anlässe möglich.

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Teil 1 – Kürzung Investitionen

Die beantragten Kürzungen bei den Investitionen im Musikcontainer und im Gebäude an der Zentralstrasse zeugen von wenig Weitsicht.

Im Fall es Musikcontainers ist es wie beim Gebäude K auf dem Kasernenareal. Ohne die geplanten Investitionen lässt sich das Ertragspotential nicht vollumfänglich ausschöpfen. Und wie beim Kasernenareal würde dies einmal mehr zu Lasten der Kultur gehen. Kultur übrigens, die von zahlreichen Ustermerinnen und Ustermern in vielen Stunden Freiwilligenarbeit organisiert wird.

Diese engagierten Menschen einmal mehr zu desavouieren wäre ein schlechtes Signal seitens des Gemeinderates.

Was die Investition an der Zentralstrasse betrifft, so hat die Stadt gar keine Wahl. Die Liegenschaft steht unter Denkmalschutz und muss von der Stadt erhalten werden. Schiebt man die Sanierung auf, so wird es nur noch teurer.

Die beiden Kürzungsanträge sind also völlig unsinnig und entbehren jeglichen wirtschaftlichen Denkens.

Die Grünen lehnen die beiden Kürzungsanträge ab.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmungen

Antrag Soll-Spalte «Soll 09» für alle Investitionsplanungen

Der Gemeinderat beschliesst mit

35 Stimmen (einstimmig)

dem Antrag für eine Soll-Spalte für alle Investitionsplanungen zuzustimmen.

Abstimmung Kürzungsantrag Musikcontainer:

Der Gemeinderat beschliesst mit

21 : 14 Stimmen

dem Kürzungsantrag bei den Investitionen Musikcontainer, Kürzung um Fr. 130'000 (Pflichtteil Fr. 75'000 belassen) zuzustimmen.

Abstimmung Kürzungsantrag Zentralstrasse:

Der Gemeinderat beschliesst mit

35 : 0 Stimmen

den Kürzungsantrag Investitionen Zentralstrasse von Fr. 600'000 abzulehnen.

Beratung Leistungsmotion Nr. 576, Strategische Boden- und Immobilienpolitik:

Es referiert der Motionär **Balthasar Thalmann**.

Referat zur Umsetzung der Leistungsmotion „Strategische Boden- und Immobilienpolitik“

*Frau Präsidentin,
Geschätzte Anwesende*

Als erstes möchte ich dem Stadtrat danken, wie er mit der Leistungsmotion „Strategische Boden- und Immobilienpolitik“ umgegangen ist. In unserem dicken Büchlein sind sämtliche Informationen dazu transparent dargestellt. Genau so, dass man darüber eine Diskussion führen kann. Aufgrund dieser Leistungsmotion beantragt der Stadtrat auch Änderungen des Leistungsauftrages. Diese unterstützen wir. Allerdings sind wir nach wie vor der Meinung, dass eine strategische Boden- und Immobilienpolitik dazu führen muss, dass die Stadt auch in Zukunft noch handlungsfähig ist. Dies bedeutet, dass unter dem Strich nicht mehr Land verkauft als zugekauft werden darf. Die SP-Fraktion beantragt, wie bereits in den Kommissionen, bei der LG Grundstückbewirtschaftung einen Indikator einzuführen, der wie folgt lautet:

„Saldo aus Kauf- und Verkaufserlös von Bauland und überbaute Liegenschaften (Finanzvermögen); Wert > 0“

Aussagekräftig wird dieser Indikator wahrscheinlich nur dann, wenn er über mehrere, z.B. 4 Jahre, gemittelt wird. Der Stadtrat hat zu diesem Antrag im Rahmen der Beantwortung der Leistungsmotion Stellung genommen und diesen Indikator als „nicht markttauglich“ bewertet. Diese Beurteilung kommt wohl zustande, weil der Stadtrat unter einer strategischen Boden- und Immobilienpolitik etwas anderes versteht als wir.

Erlauben Sie mir hierzu ein paar Ausführungen:

Es ist unbestritten, dass die Stadt rechtzeitig Grundstücke und Immobilien zur Verfügung haben muss, um ihre öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Damit das möglich ist, braucht die Stadt Handlungsmasse, um auf veränderte Gegebenheiten unkompliziert und günstig reagieren zu können. Da wir keine Propheten sind, was in Zukunft noch alles auf uns zukommt, heisst das nichts anderes, dass wir diesen Spielraum stets so gross wie möglich halten müssen. Grundstücke um öffentliche Bauten herum sollten deshalb nach Möglichkeit erworben werden. Sind sie bereits im Besitz der Stadt dürfen sie keinesfalls verkauft werden – unabhängig davon, ob sie im Verwaltungs- oder im Finanzvermögen geführt werden. Genau dies würde der Handlungsspielraum unnötig einschränken.

Die Stadt Uster hat das Glück, dass Sie in Besitz von relativ viel unüberbautem Bauland ist. Das war vor der Einzonung der Hofuhren, der Loren und des Mühleholzes nicht der Fall. Diese Baugebietserweiterungen war ein Glücksfall, von dem die Stadt als Landbesitzerin besonders profitieren konnte. Ja, man könnte es wohl als „Generationengeschenk“ bezeichnen. Denn in absehbarer Zeit kommt die Stadt nicht quasi gratis und franko zu neuem Bauland. Es wäre meiner Meinung nach grundfalsch, dieses Generationengeschenk nun einfach zu verkaufen und so der Stadtkasse zu mehr Liquidität zu verhelfen. Eine solche Politik wäre verantwortungslos. Ich beurteile deshalb jede Bauparzelle, die in Besitz der Stadt ist, als strategisch.

D.h. nichts anderes, als jeder Entscheid über den Kauf oder den Verkauf eines Grundstückes auf einer strategischen Grundlage basieren muss. Der Stadtrat hat dargelegt, dass er im Hinterkopf hat, welche Liegenschaften für ihn strategisch und deshalb interessant für einen Kauf sind. Es ist verständlich, dass er dies nicht offen legt. An welchen Eckpfeilern eine strategische Boden- und Immobilienpolitik sich orientieren soll, habe ich bereits in der Begründung der Leistungsmotion dargelegt. Gerne hätte ich bei der Beantwortung der Motion etwas mehr erfahren, was der Stadtrat konkret darunter vorstellt bzw. wie er konkret handeln möchte - vor allem was die Veräusserung von Grundstücken im Finanzvermögen betrifft. In diesem Zusammenhang gibt es meines Erachtens drei zentrale Aspekte:

1. *Grundstücke in Arbeitsplatzzonen sollen in erster Linie dafür genutzt werden, dass bereits ortsansässige Produktions- und Handwerksbetriebe ihren Betrieb erweitern können. Dies bedeutet im Endeffekt, dass Land getauscht wird. Und mit dem getauschten Land, kann die Stadt wieder einem Betrieb ein Angebot unterbreiten.*
2. *Sowohl für Wohnnutzungen wie auch für öffentliche Nutzungen soll die Stadt der Boden nur im Baurecht abgegeben. Was das grosse Grundstück in den Hofuhren anbetrifft ist für mich klar, dass dieses nur im Baurecht abgegeben werden darf – sei es an eine Privatschule oder eine Wohnbaugesellschaft bzw. –genossenschaft.*
3. *Auch wenn man diese Punkte beachtet, kann es ja doch mal der Fall sein, dass wir ein Grundstück verkaufen, z.B. wenn Siemens in den Loren ihr Forschungszentrum für erneuerbare Energien aufbauen möchte. Mit diesem Geld können wir dann bei Gelegenheit wieder neue Grundstücke erwerben. Rückblickend über die letzten rund 5 Jahre haben wir bei einer solchen Betrachtungsweise weit über 20 Mio. Franken in der „Kriegskasse“.*

Meine Damen und Herren, mit diesen Ausführungen habe ich wohl genügend dargelegt, dass es nicht völlig weltfremd ist, einen Indikator einzuführen, mit welchem eine ausgeglichene Kaufs- und Verkaufsbilanz gefordert wird. Gleichzeitig bitte ich den Stadtrat, seine Boden- und Immobilienpolitik nochmals zu überdenken und zu konkretisieren. Nur so können wir sicher sein, dass wir das „Generationengeschenk“ nicht einfach wie Tafelsilber verscherbeln.

Besten Dank für die Unterstützung des Antrags.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Teil 2 - Leistungsmotion

Die Leistungsmotion von Kollege Thalmann setzt um, was die Grünen seit ihrem Einzug ins Parlament immer wieder forderten. Landverkäufe dürfen nicht der Finanzierung der laufenden Rechnung dienen. Vielmehr ist der städtische Grundbesitz als Vorsorge für die künftigen Generationen anzusehen. Und deshalb darf nicht mehr Land verkauft als zugekauft werden. Die Verscherbelung des Tafelsilbers gehört der Vergangenheit an!

Boden auf Stadtgebiet ist als rares und nicht vermehrbares Gut in hohem Masse der Gewinnspekulation ausgesetzt. Es besteht deshalb ein öffentliches Interesse, dass die Stadt ihren eigenen Immobilienbesitz - von einzelnen gut begründeten Ausnahmen abgesehen - zusammenhält, damit er der Spekulation entzogen bleibt und weiterhin für öffentliche Interessen zur Verfügung steht; dies nicht nur in Wohn-, sondern auch in Dienstleistungs-, Industrie- und Gewerbezone. Nicht zuletzt soll die Stadt über einen soliden eigenen Grundbesitz verfügen, damit sie eine aktive Stadtentwicklungspolitik betreiben kann. Der gegenwärtige städtische Anteil am Grundeigentum soll deshalb nicht mehr weiter abgebaut werden

Dies bedeutet übrigens in keiner Weise, dass das städtische Land der privaten Bautätigkeit entzogen bleiben soll, ganz im Gegenteil: Städtische Landreserven sollen für Zwecke wie z.B. Wohnungsbau auch weiterhin zur Verfügung stehen. Jedoch sollen sie nicht verkauft, sondern grundsätzlich im Baurecht abgegeben werden. Dabei sind gemäss konstanter und bewährter Praxis insbesondere grosse Baulandparzellen in Wohnzonen primär an private gemeinnützige Baugenossenschaften oder

öffentlich-rechtliche Bauträger zur Realisierung von Projekten des gemeinnützigen Wohnungsbaus bzw. für Nutzungen mit überwiegend öffentlichem Charakter abzugeben.

Mit der Abgabe im Baurecht kann erreicht werden, dass der Stadt zwar laufend Erträge zukommen, dass sie aber die Kontrolle über den Grundbesitz behält und so auf Jahrzehnte hinaus, eine gewichtige Playerin in der Stadtentwicklung bleiben kann.

Die Motion impliziert zudem, dass eine aktive Akquisitionsstrategie für den Erwerb von geeigneten Grundstücken für öffentliche Zwecke entwickelt wird. Diese Grundstücke werden mittels der Erträge aus Liegenschaften- und Landverkäufen finanziert.

Die Grünen stimmen deshalb der Leistungsmotion ohne Einschränkungen zu und befürworten die Aufnahme des Indikators I 01 in der von Thalmann genannten Form.

Thomas Wüthrich, Grüne

Abstimmung Antrag Stadtrat

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates mit

35 Stimmen (einstimmig) zu.

Die Leistungsmotion gilt damit als erledigt.

Abstimmung Antrag Balthasar Thalmann

Antrag Indikator

«I01 Saldo aus Kauf- und Verkaufserlöses von Bauland und überbaute Liegenschaften (Finanzvermögen)»; «Wert > 0»

Der Gemeinderat beschliesst mit

23 : 12 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

4.6 GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Balthasar Thalmann**.

KPB-Referat zum Voranschlag 2010, GF Infrastrukturbau und Unterhalt

*Frau Präsidentin,
Geschätzte Anwesende*

Die Vorberatung des Voranschlags für das GF Infrastrukturbau und Unterhalt hat in der KPB zu heftigen Diskussionen geführt, ja, sogar zu roten Köpfen. Bevor ich zu einer Reihe von Anträgen kommen, zuerst noch ein paar Ausführungen zur Sache.

Das Geschäftsfeld beantragt einen Globalkredit von kFr. 5345. Dieser Betrag liegt um kFr. 314 oder um 6% höher als der Voranschlag für das laufende Jahr. Die Kostensteigerungen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Diese konnten im Detail den Kommissionsmitgliedern dargelegt werden. So beispielsweise auch die Tatsache, dass die Fläche von Strassen und Trottoirs, für welche die Stadt zuständig ist, in den letzten beiden Jahren um 6% gewachsen ist. Auffallen tut in diesem Geschäftsfeld auch eine Stellenerhöhung um 40% für eine Projektleiterstelle im Infrastrukturmanagement. Mit diesen höheren Personalkapazitäten soll sichergestellt werden, dass bei Strassensanierungen die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden, der GrundeigentümerInnen und der Bevölkerung besser in das Projekt eingebunden werden können. Diese Stellenerhöhung führt nicht zu einer Erhöhung des Globalkredits. Die Mehrkosten werden über die interne Verrechnung den Investitionsvorhaben verrechnet. Ansonsten gibt es zu diesem GF noch erfreuliches zu berichten, dass die Sanierung der ARA finanziell und terminlich auf Kurs ist.

Nun was hat aber zu reden gegeben:

- 1. Einen Antrag zur Kürzung des Globalkredits. Und zwar beantragt die KPB dem Gemeinderat mit einem Stimmenverhältnis von 5:4 den Globalkredit um kFr. 314 auf kFr. 5031 zu kürzen. Dieser Antrag wurde damit begründet, dass der Aufwand trotz gleich bleibendem Leistungsauftrag schon wieder gestiegen ist. Dies könne nicht toleriert werden.*

Dann wurde auch intensiv über die Investitionsplanung diskutiert. Hier sind drei Arten von Anträgen zu unterscheiden:

- a) Die Investition soll ganz aus der Investitionsplanung gestrichen werden.*
- b) Die Investition soll aus der Investitionsplanung 2010 gestrichen werden, aber nicht ganz; d.h. die Investition wird verschoben.*
- c) Eine Investition, welche erst für später vorgesehen war, soll bereits im Jahr 2010 ausgeführt werden; d.h. also ein Vorziehen der Investition.*

Zu den Investitionen, von welcher die KPB nichts mehr wissen will:

- 1. Die KPB beantragt mit 5:4 Stimmen, das Investitionsvorhaben Nr. 54 „Kanzleistrasse, Fussgängerunterführung“ aus der Investitionsplanung zu streichen. Begründet wird dieser Antrag damit, dass mit dem Wegfall der S25 und damit dem vorerst nicht benötigten Doppelspurausbau Richtung Oberuster der eigentliche „Aufhänger“ für dieses Vorhaben fehle. Und die Barrierschliesszeiten östlich des Bahnhofs seien noch nicht so dramatisch, dass man nun separate Unterführungen bauen müsse.*

2. Die KPB beantragt mit 8:1 Stimmen, das Investitionsvorhaben Nr. 55 „Wermatswilerstrasse, PW-Unterführung“ aus der Investitionsplanung zu streichen. Begründet wird dieser Antrag damit, dass dieses Vorhaben als nicht zweckmässig angeschaut werde. Dieses Vorhaben geriet bereits in der Beratung über das Verkehrskonzept vor gut zwei Monaten in die Kritik.

Zu den Investitionsvorhaben, welche verschoben werden sollen:

1. Die KPB hat über eine Verschiebung des Vorhabens Nr. 31 „Burgstrasse, Umgestaltung und Sanierung“ diskutiert, ein entsprechender Antrag auf Streichung bzw. Verschiebung abgelehnt.
2. Die KPB beantragt mit 7:2 Stimmen, das Vorhaben Nr. 53 „Radweg, Freudwil“ aus der Investitionsplanung 2010 zu streichen. Begründet wird dieser Antrag damit, dass angesichts der Finanzlage auf Vorhaben welche als „nice to have“ bezeichnet werden können, vorerst verzichtet werden soll.
3. Die KPB beantragt mit 5:4 Stimmen, das Vorhaben Nr. 57 „Gschwaderstrasse, Sanierung Knoten Winikon“ aus der Investitionsplanung 2010 zu streichen. Begründet wird dieser Antrag damit, dass angesichts der Finanzlage auf solche Sanierungsvorhaben verzichtet werden soll.
4. Die KPB hat über eine Verschiebung des Vorhabens Nr. 62 „Sanierung Friedhofstrasse“ diskutiert, ein entsprechender Antrag auf Streichung bzw. Verschiebung abgelehnt.
5. Die KPB hat über eine Verschiebung des Vorhabens Nr. 80 „Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen“ diskutiert, ein entsprechender Antrag auf Streichung bzw. Verschiebung abgelehnt.

Zu den Investitionsvorhaben, welche vorgezogen werden sollen

1. Die KPB hat über ein Vorziehen des Vorhabens Nr. 42 „Krämerackerstrasse, Sanierung“ diskutiert, ein entsprechender Antrag auf Vorziehen d.h. Aufnahme in die Investitionsplanung 2010 jedoch abgelehnt. Dieser Antrag wurde damit begründet, dass aufgrund der heute günstigen Baukosten und zur Stützung des Arbeitsmarktes möglichst viele Investitionen getätigt werden müssen, welche sowieso in diesen Jahren anfallen.

Der zuständige Stadtrat hat die KPB gewarnt, mit den Streichungen von Sanierungsvorhaben eine Investitionsbugwelle vor sich herzuschieben. Insbesondere die gleichzeitige Kürzung von Investitionen und Globalkredit sei verheerend.

Zum Schluss nochmals in Kürze die beantragten Änderungen:

1. Kürzung des Globalkredits um kFr. 314 auf kFr. 5031
2. Streichen der Investitionen „Kanzleistrasse, Fussgängerunterführung“ und „Wermatswilerstrasse, PW-Unterführung“
3. Verschieben der Investitionen „Radweg Freudwil“ und „Gschwaderstrasse, Sanierung Knoten Winikon“.

In der Schlussabstimmung wurde der Globalkredit und die Investitionsplanung mit den beantragten Änderungen mit 5 : 4 Stimmen zur Annahme empfohlen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rudolf Locher**.

Geschäftsfeld: Infrastrukturbau und Unterhalt

Globalkredit 2010

Der Globalkredit erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 2009 von Fr. 5'031 auf neu 5'345, was einer Erhöhung um 314'000.- bzw. 6,2% entspricht. Gegenüber der Hochrechnung 2009 entspricht die Erhöhung Fr. 414'000.- gleich 8,4%.

Die Zunahme begründet sich in der Umsetzung z.B. der Nischenarbeitsplätze, der Anhebung der Kosten z.B. für die Strassenbedingten Zusatzaufgaben, Grünpflege, etc.

Die KPB hat dem Kürzungsantrag, den Globalkredit auf die Basis des Voranschlages des Jahres 2009, d.h. Fr. 5'031'000.- zu senken, mit 5:4 Stimmen zugestimmt.

Die RPK hat diesen Antrag mit ebenso 5:4 Stimmen angenommen.

Investitionsplanung 2010

Die folgenden Anträge wurden von der RPK wie folgt verabschiedet:

Bezeichnung	Betrag	Resultat
<i>Streichungsantrag: „Sanierung Knoten Winikon/Gschwaderstr.“ Das Bauwerk soll später errichtet werden</i>	<i>400'000.-</i>	6:3 angenommen
<i>Streichungsantrag „Sanierung Friedhofstrasse“ Diese Strasse soll später realisiert werden</i>	<i>220'000.-</i>	5:4 angenommen
<i>Kürzungsantrag „Fahrzeuge und Arbeits-Maschinen“ Neuer Antrag Kürzung um 100'000 auf neu 150'000.-</i>	<i>100'000.-</i>	5:4 angenommen
<i>Streichungsantrag „Radweg Freudwil, 1'900'000“ Dieses Projekt soll zeitlich verschoben werden.</i>	<i>100'000.-</i>	5:4 angenommen
<i>Streichungsantrag „Kanzleistr.-Fussgängerunterführung“ Dieses Projekt soll gänzlich gestrichen werden.</i>	<i>100'000.-</i>	5:4 abgelehnt
<i>Streichungsantrag „Wermatswilerstr, PW Unterführung“ Dieses Projekt soll gänzlich gestrichen werden.</i>	<i>100'000.-</i>	5:4 abgelehnt

Rudolf Locher, Mitglied Rechnungsprüfungskommission

Thomas Kübler betont dass die Strassen und der öffentliche Raum unterhalten werden muss. Der Verkehr gebe zu grossen Diskussionen Anlass. Bei der Kürzung der Investitionen könne weniger Unterhalt gemacht werden. In der Eintretensdebatte ging es darum sich zu Lasten der Folgegeneration zu verschulden. Es was komplexer sei es, wenn es um Infrastrukturanlagen gehe. Wenn Kürzungen beschlossen würden, müsse man sich bewusst sein, dass es nur nach hinten verschoben werde. Das könne so nicht funktionieren und es gebe immer mehr zu unterhalten – es sei ein Teufelskreis. Das gleiche sei auch bei der Kürzung im Geschäftsfeld. Damit würden die Infrastrukturanlagen weniger unterhalte. Die Nischenarbeitsplätze im Strasseninspektorat müssten wieder gestrichen werden. Das seien Konsequenzen. Die Sanierung der Burgstrasse werde seit Jahren geschoben. Heute sei es so, dass auch Leitungen der Energie AG betroffen seien und das Flickwerk immer grösser werde. Diese Strasse müsse unbedingt saniert werden.

Bei der Wagerenstrasse sollten die Arbeiten mit der Energie AG koordiniert werden. Wenn die Stadt Uster nicht mitziehe, würden die Leitungen saniert und dann zwei Jahre später die Strasse. Das gleiche sei beim Werkheim. Auch hier würde mit dem Abschluss der Umbauten die Sanierung der Strasse koordiniert. Die Kanzleistrasse sollte im Hinblick auf die allfällige Unterführung Wermatswilerstrasse saniert werden. An der letzten Gemeinderatssitzung sei bemängelt worden, dass es kein Verkehrskonzept gebe. Die Sachkommission erachte die Unterführung als nicht sachgemäss. Die Sachkommission könne ja zusammen mit dem Stadtrat ein Verkehrskonzept erarbeiten. Er mache beliebt, dass die Unterführung Wermatswilerstrasse nicht gestrichen werden.

Benno Scherrer bedankt sich bei Balthasar Thalmann. Er habe sich gefreut, dass in der KPB die Kosten für die Planung der Unterführung Wermatswilerstrasse gestrichen worden seien. Es sei auch ein Postulat vorhanden, welches nach Lösungen suche. Jetzt liege plötzlich ein anderes Ergebnis der Rechnungsprüfungskommission vor. Es scheine auch, als habe Stadtrat Thomas Kübler sei dem Gewerblichen Anlass seine Meinung geändert. Die Massnahmen öffentlicher Verkehr würden erstaunen. Eine Unterführung Wermatswilerstrasse würde mehr Verkehr im Quartier bringen. Er sehe es nicht als notwendig, die Unterführung Wermatswilerstrasse weiter zu führen. Die Burgstrasse hingegen, eine Holperstrecke sondergleichen, müsse saniert werden.

Für die Grünen referiert **Simone Michel**.

Voten Budget 2010, Grüne, Simone Michel

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Es ist ein grundsätzlicher Blödsinn, einerseits Werterhaltungsmassnahmen zu gefährden und zu verteuern in der heutigen wirtschaftlichen Lage durchs Aufschieben und gleichzeitig neue anzureissen, welche auch noch unbefriedigend sind.

Also Ablehnung aller Verschiebungsanträge und Unterstützung der beiden Anträge Kanzleistrasse PW-Unterführung Wermatswilerstrasse.

Zur Fahrzeugbeschaffung: Wir Grünen finden den Anspruch auf längere Lebensdauer der Maschinen erstrebenswert und können dem Antrag auf Verschieben der Neubeschaffung zustimmen.

Für die SP Fraktion referiert **Balthasar Thalmann**.

*Frau Präsidentin,
Geschätzte Anwesende*

Wir haben die Anträge der Kommissionen gehört.

Die SP-Fraktion lehnt den Rasenmäherantrag ab, nämlich den Globalkredit um Fr. 314'000 zu kürzen. Die Mehrkosten, die für das Jahr 2010 veranschlagt werden, konnten in der Subkommission und in der Sachkommission nachvollziehbar begründet werden. Von „Luft“ oder sonst irgendwas zu reden, wäre fahrlässig. Der Stadtrat hat in den letzten Tagen auch aufgezeigt, was weniger Geld in diesem GF bedeuten würde, u.a bei der Pflege des öffentlichen Raumes. Der öffentliche Raum ist die Visitenkarte für die Stadt Uster. Und diese muss gepflegt zu werden. Oder haben Sie ihren besten Kunden schon mal eine Visitenkarte, die mit Kaffeeflecken verschmutzt war, in die Hand gedrückt?

Und wie mit diesem Pauschal-Kürzungsantrag unter dem Strich nichts gespart wird, hat auch der Stadtrat aufgezeigt. Es müsste nämlich ein Nischenarbeitsplatz gestrichen werden mit der Folge, dass diese Person weiter über die Sozialhilfe finanziert werden muss – wohl verstanden ohne direkte Gegenleistung. Die Reintegration von Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger in den ersten Arbeitsmarkt muss für die Stadt ein sehr wichtiges Ziel bleiben. Nur so können wir diese Kosten in einem einigermaßen tragbaren Rahmen halten. Und dazu muss die Stadt eine Vorbildfunktion leisten, damit auch die privaten Arbeitgeber mitziehen.

Die Streichung von Sanierungsvorhaben lehnt die SP-Fraktion ab. Es macht einfach keinen Sinn, einen Investitionsberg vor uns herzuschieben. Diese Investitionen fallen sowieso an – wenn möglich genau dann, wenn die Finanzsituation der Stadt tatsächlich nicht mehr so gut ist oder wenn die Wirtschaft brummt und die Baukosten hoch sind. Die SP-Fraktion ist vielmehr der Meinung, dass gerade in dieser Wirtschaftssituation investiert werden muss. Und zwar in Vorhaben, die sowieso anfallen – und das sind nun mal Sanierungsvorhaben. Wir beantragen deshalb, das Investitionsvorhaben Nr. 42 „Krämerackerstrasse, Sanierung“ auf das Jahr 2010 vorzuschieben. Das ist eine echte Sparmassnahme, und zwar aus zwei Gründen:

- 1. die öffentliche Hand investiert in einer wirtschaftliche schwierigen Situation und stützt damit den Arbeitsmarkt,*
- 2. die Baukosten sind derzeit so tief, dass wir mit weniger Geld die gleiche Leistung erhalten.*

Wir anerkennen, dass wir sorgfältig mit Neuinvestitionen umgehen müssen, damit das Fuder nicht überladen wird. Wir unterstützen daher die Verschiebung des Radwegs nach Freudwil, wie auch die Streichung der Unterführungen Kanzleistrasse und Wermatswilerstrasse. Zu diesen beiden Unterführungen haben wir uns schon in der Verkehrskonzeptdebatte geäussert. Und zwar gleich wie die grosse Mehrheit in diesem Saal. Nämlich, diese beiden Bauwerke sind nicht nötig. Es lohnt sich nicht, hier nur schon einen Franken in irgendwelche Abklärungen zu investieren. Zu beachten ist ja vor allem auch, dass eine wichtige Prämisse für diese Unterführungsideen für absehbare Zeit

weggefallen ist. Mit der Einführung der S25 wären die Übergänge Kanzleistrasse und Wermatswilerstrasse noch mehr geschlossen gewesen, was den Druck auf eine niveaufreie Querung erhöht hätte. Aber das fällt vorerst weg und deshalb können wir getrost auf diese Investition verzichten. Ich verstehe allerdings die RPK nicht. Bei den Sanierungsvorhaben ist sie der Meinung, diese seien zu streichen, da die Stadt hierfür kein Geld habe. Gleichzeitig ist die RPK offensichtlich der Meinung, dass für nicht ganz günstige Neuinvestitionen wie diese beiden Unterführungen genügend Geld vorhanden sei und dies finanzpolitisch vertretbar sei. Gerne lasse ich mich über diese Rechenkünste belehren. Oder hat die Mehrheit der RPK nicht gerechnet und ist stattdessen irgendwelchen Aufrufen des Bauvorstands an der Politarena gefolgt? Dem kann man „Kalte Füße kriegen“ oder auch „Wendehalspolitik“ sagen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Cla Famos, seitens der FDP/CVP-Fraktion unterstreicht, dass die Fraktion grundsätzlich weiter hinter den Kürzungsanträgen, respektive Verschiebungen stehe. Diese seien vertretbar. Die Abklärungen betreffend Unterführung Wermatswilerstrasse sollten getätigt werden, auch wenn die S25 vorläufig noch nicht kommen werde. Sie seien gegen den Kürzungsantrag.

Balthasar Thalmann es solle nicht noch mehr aufs Fuder geladen werden und sonst überall gestrichen – und gleichzeitig auch der Steuerfuss gesenkt werden. Diese Kosten allein würden den Steuerzahler rund 6 – 7% kosten.

Cla Famos insistiert, dass für die FDP/CVP-Fraktion sparen für sie nicht heisse, keine Investitionen mehr zu tätigen oder neue Projekte anzugehen, sondern dort wo es möglich sei, haushälterisch mit dem Geld umzugehen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmungen:

Kürzungsantrag Globalkredit:

Der Gemeinderat beschliesst mit

21 : 14 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits auf Fr. 5'031'000 zuzustimmen.

Anträge Investitionsplanungen

Der Gemeinderat beschliesst mit

20 : 14 Stimmen

**der Streichung aus 2010 Investition (im Sinne von Verschiebungen)
Knoten Winiken (57): ./ Fr. 400'000, zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschliesst mit

21 : 14 Stimmen

**der Streichung aus 2010 Investition (im Sinne von Verschiebungen)
Streichung Investition Friedhofstrasse (62): ./ Fr. 220'000, zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschliesst mit

24 : 11 Stimmen

**der Streichung Investition Fahrzeuge / Maschinen (80): ./ Kürzung um 100'000
auf CHF 150'000 zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschliesst mit

23 : 12 Stimmen

**der Streichung aus 2010 Investitionen (Verschiebung auf 2011)
Radweg Freudwil (53): ./ CHF 100'000 zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschliesst mit

33 : 2 Stimmen

**der Streichung Investitionen (gänzlich)
Kanzleistrasse (54): ./ CHF 100'000 zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschliesst mit

27 : 7 Stimmen

**der Streichung PW-Unterführung Wermatswilerstrasse (55): ./ Fr. 100'000
zuzustimmen.**

Der Gemeinderat beschliesst mit

23 : 12 Stimmen

**den Antrag Vorverschiebung auf 2010
Krämerackerstrasse (42): Fr. 750'000 abzulehnen.**

Die nächste Gemeinderatssitzung (Fortsetzung) findet am 7. Dezember 2009 statt.

Schluss der Sitzung 22:10 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin

Kathrin Lackner

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Die Präsidentin
Claudia Wyssen

Datum Die Stimmenzähler:
Stefan Feldmann

Walter Meier

Andres Kunz